

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 7. März 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Staat, Wirtschaft und Arbeiterschaft

Aus dem Vortrag des Kollegen Rudolf Vengersdorff, gehalten auf unserer 3. Reichskonferenz für Betriebsvertretungen am 17. Februar im Berliner Gewerkschaftshaus, seien nachstehend die wesentlichsten Gedankengänge wiedergegeben:

**S**taat, Wirtschaft und Arbeiterschaft — das sind die drei großen Probleme, in deren Kräftefeld das soziale und politische Ringen unserer Zeit seinen Ausdruck findet. Der tiefe Sinn dieser Kämpfe liegt in der großen geschichtlichen Wandlung vom Obrigkeitsstaat der Vorkriegszeit zur schwer um ihre Existenz und ihren inneren Gehalt ringenden demokratischen Republik. Das tiefe Niveau der Tageskämpfe, die ungeheure Flut von Lüge, Verleumdung und Haß, die sich über unser armes Volk dahinwälzt, erklärt sich aus den Methoden der Reaktion, die das Volk über die wirklichen Ursachen unserer Not und die wahren Ziele der Feinde der Arbeiterklasse täuschen will. Wer die Kämpfe der Gegenwart verstehen will, darf sich nicht von dem prozigen Blendwerk radikaler Forderungen betören lassen, sondern muß die große Wandlung vom alten zum neuen Staat zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen machen.

Im alten Obrigkeitsstaat war in Politik und Wirtschaft die Arbeiterschaft rechtlos. Von der Mitarbeit war sie ausgeschlossen. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen und Sachsen unterdrückte den politischen Willen der Arbeiterschaft. In diesem Staat war die Unternehmenseigenschaft unangetastet. Die Gesetzgewalt des Staates machte vor den Toren der Fabriken halt. Der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ wurde durch die Gewerbeordnung gesetzlich geschützt. Im Betrieb bildete der Unternehmer keinen anderen Willen als seinen eigenen. Selbst die Sozialgesetzgebung war nach Bismarcks Ansicht mehr ein politischer Akt, die aufstrebende Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zu beeinträchtigen. Schon Casselle prägte das Wort von der Nachwächterrolle des Obrigkeitsstaates, und ein Mann, der dem Unternehmertum näher als der Arbeiterschaft stand, hat einmal gesagt: „Der alte Staat war eine gut funktionierende Wach- und Schließgesellschaft für die Kassenchränke des Kapitalismus.“ In der Tat: im Obrigkeitsstaat spielte sich das gesamte gesellschaftliche Leben zwischen den beiden unversöhnlichen Gegenpolen Befehl und Gehorsam ab.

Die Novemberumwälzung brachte Wandlung. Das politische Herrschaftsprivileg des Besten wurde gebrochen, das Dreiklassenwahlrecht beseitigt, die Arbeiterschaft zur Mitarbeit und Mitverantwortung im Staate berufen. Die Herrschaft des Liberalismus — der politischen Bewegung des Unternehmertums — in den Gemeinden wurde dadurch vollkommen gebrochen. In vielen Städten wurde die Unternehmerrmehrheit abgelöst durch starke sozialistische Vertretungen. Der vom politischen Willen der Arbeiterschaft beeinflusste neue Staat brach auch mit der Unantastbarkeit der Unternehmerfreiheit. Wenige Tage nach der Geburt der jungen Republik wurde die Arbeitszeit gesetzlich begrenzt, die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft eingeschränkt. Der Tarifvertrag und mit ihm die Gewerkschaften wurden anerkannt. Der Zwang für das Unternehmertum, fortan Löhne, Arbeitszeit und soziale Rechte auf dem Wege freier, gleichberechtigter Vereinbarungen vertraglich festzulegen, wurde gesetzlich verankert. Durch diese Maßnahmen waren die grundlegenden Fundamente für den Aufbau des modernen Arbeitsrechts errichtet worden.

Das Unternehmertum hat diese Entwicklung nicht leicht genommen. Seit Beginn der großen Wandlung hat es immer wieder Versuche gemacht, seine alte Herrschaftsstellung zurückzugewinnen. Den endgültigen Bruch mit dem alten Betriebsabsolutismus konnte es jedoch nicht verhindern. Am 18. Januar 1920 verabschiedete die Nationalversammlung in Weimar das Betriebsrätegesetz, und mit ihm wurde zum ersten Male in der Geschichte des Kapitalismus das Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in der Wirtschaft in bestimmten Grenzen von Staats wegen festgelegt. Die entscheidenden Voraussetzungen für die Einschaltung der Arbeiterschaft in die Wirtschaft waren geschaffen.

Auch der staatliche Schlichtungszwang war eine derjenigen Maßnahmen, die den ganzen Zorn des Unternehmertums ausgelöst haben. Die Rolle, die das Schlichtungsweisen in den letzten Monaten eingenommen hat, haben viele unserer Kollegen zu scharfer Gegnerenschaft gezwungen. Die Arbeiterschaft darf jedoch nicht verkennen, daß diese schlechten Erfahrungen niemals ihre Ursache im System des staatlichen Schlichtungszwanges haben. Leider weiß das Unternehmertum viel besser als die Arbeiterschaft, daß die Schiedsprüche der staatlichen Schlichter immer nur ein Spiegelbild der politischen Machtverhältnisse im Staate sind. Solange die deutsche Arbeiterschaft sich der Bedeutung ihrer Mitarbeit im Staate bewußt war, konnte sie über dem Wege des staatlichen Schlichters viele bedeutende Fortschritte erzielen. Erst mit dem Rückgang des sozialistischen Einflusses auf die Staatsführung konnte das Unternehmertum auf die Schlichtungsorgane stärkeren Einfluß gewinnen. Das beweist mit großer Deutlichkeit die Entwicklung der letzten Monate. Trotzdem weiß der Unternehmer, daß das Pendel morgen nach der anderen Seite schlagen wird, wenn die Arbeiterschaft den Wert ihrer Mitarbeit in der Staatsführung wieder erkannt hat.

Der politische Wille der Arbeiterschaft kam im Staate immer mehr zur Geltung. Von ihm getrieben, machte die junge Republik die ersten Versuche, über die Sozialpolitik hinaus den Staat in das Getriebe und die Funktionen der Wirtschaft einzuschalten. Die Zeit der Sozialisierungsforderungen ist sicherlich nicht in allzu guter Erinnerung geblieben. Viele von uns denken nur mit bissigem Spott an unsere damaligen Forderungen und das Ergebnis zurück. Das Unternehmertum würdigt diese Zeit jedoch ganz anders. Ihm ist von der Sozialisierungszeit genug übrig geblieben, um einen systematischen Feldzug gegen den Staat und sein System zu organisieren. In vielen Zweigen der Wirtschaft wurden zentrale Organe geschaffen, in welchen Vertreter der Arbeiterschaft Sitz und Stimme erhielten. Wenn auch viele dieser Einrichtungen rein gutachtliche Aufgaben zu lösen haben, so stellt doch der Reichskohlenrat eine bedeutende Abkehr von der willkürlichen Unternehmerfreiheit der Vorkriegszeit dar. Während früher die Bergherren über die Höhe der Kohlenpreise selbst bestimmen konnten, ist jetzt jede Preiserhöhung an die Zustimmung des Reichskohlenrates, in welchem Vertreter der Industrie, des Staates und der Arbeiterschaft mitwirken, gebunden. Mit Recht wird bis heute noch immer diese Einrichtung als ein Vorläufer der Sozialisierung angesehen.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung hat die Republik immer weitere Vorstöße tief in die Wirtschaft unternommen. Gerade die letzten Monate zeigen uns weitere Versuche — leider viel zu

spät —, die Macht der Unternehmerkartelle der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Wir stehen mitten im Ringen mächtiger organisatorischer Gewalten, die dem neuen Staat ihr Gepräge geben wollen. Das Unternehmertum kämpft mit letzter Verzweiflung um die Erhaltung seiner Vorherrschaft mit dem eisernen Willen, seine Macht, wenn sie zurückerobert ist, rückwärts auszunutzen.

Leider werden diese Zusammenhänge von der Arbeiterschaft viel zu wenig gewürdigt. Die häßlichen Formen des Tageskampfes tun ein übriges, das wirkliche Bild zu verwischen. Es ist die tiefe Tragik der modernen Arbeiterbewegung, daß sie erst in dem Augenblick Einfluß auf die Staatsführung bekam, als das deutsche Volk bettelarm aus dem Kriege zurückkam. 1918 glied doch Deutschland einem Bauern, dem eine Feuersbrunst Haus und Herd vernichtet hatte, und dem nur der nackte Boden zum Leben übrig blieb. Kriegsfolgen und Wirtschaftskrise haben eine Not geschaffen, die so schwer auf uns lastet, daß wir das richtige Maß für die Bedeutung unserer staatspolitischen und sozialpolitischen Fortschritte verloren haben.

Früh begann das Unternehmertum sich zu sammeln. Mit Hilfe ihrer mächtigen finanziellen und organisatorischen Kräfte wurde eine Bewegung organisiert, die der demokratischen Staatsform den Inhalt des alten Obrigkeitsstaates geben sollte. Schon Hugo Stinnes begann früh, seine ganze Persönlichkeit für dieses Ziel einzusetzen. Viel zu wenig ist in der Öffentlichkeit das erbitterte Ringen zwischen Friedrich Ebert und Stinnes in den ersten Nachkriegsjahren bekannt. Bei den ersten Verhandlungen mit den früheren Kriegsgegnern tritt die deutsche Wirtschaft unseren Unterhändlern die „Diskontfähigkeit“ ab. Die Wirtschaft lehnte jede Anerkennung der Verhandlungsvorschläge unserer Unterhändler ab, solange ihr nicht eine entscheidende Mitwirkung in der Führung des Staates gesichert war. Hugo Stinnes ging sogar so weit, den Rücktritt der politischen Führung des Staates und ihre Übernahme durch die Wirtschaft zu fordern. Es ist eines der großen Verdienste Friedrich Eberts, daß er schon damals die Rückkehr der uneingeschränkten Herrschaft der Wirtschaft im Staate verhinderte.

In diesem Zusammenhang verliert der Kapp-Putsch etwas an Bedeutung. Er war zwar die erste offene und auch die schärfste Rebellion gegen den neuen Staat, aber seine Träger waren entthronte Würdenträger des Obrigkeitsstaates, die ihr Ziel, die Monarchie zu errichten, so plump und ungeschickt begannen, daß ein glänzend gesührter Gegenstoß der Gewerkschaften die Aktion niederrang. Das Unternehmertum ließ sich jedoch dadurch nicht von seinen Zielen abbringen. Die gefährlichsten reaktionären Kräfte sahen nach wie vor in der Wirtschaft. Es gibt keine reaktionäre Bewegung gegen den neuen Staat, die nicht enge besonders materielle Beziehungen zu Industriellen oder Großagrarern zeigt. Immer mehr ergibt sich, daß alle staatsfeindlichen, rechtspolitischen Bewegungen in einer Atmosphäre entstanden sind, die durch die systematische Arbeit des Unternehmertums erst hervorgerufen wurde.

Die Führer der Wirtschaft haben längst erkannt, daß auf dem Wege über die Demokratie ihre Herrschaft nicht gesichert werden kann. Deshalb bekämpfen sie alle demokratischen Erscheinungen im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft. Besonders schmerzt sie der Verlust ihrer herrschenden Position in den Gemeindeparlamenten. Im Reich, in den Ländern und Gemeinden streben sie deshalb danach, auf anderen Wegen zur Herrschaft zu gelangen. Klar umrissene Forderungen werden durch systematische Vorstöße vorgetragen. Ihr Ziel ist Zerschlagung des Parlamentarismus in Reich und Ländern, Aushöhlung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Bei den unumgänglich notwendigen Verwaltungsreformen glauben sie ihr erstes Ziel zu erreichen. Für die baldigst zu erwartende Neuorganisation und Vereinheitlichung der Gemeindeverfassungen fordern sie die Einschaltung der örtlichen Industrie- und Handelskammern zur Kontrolle der Stadtverordnetenbeschlüsse. Sie wollen, solange die demokratischen Formen beibehalten werden, eine Nebenregierung der Wirtschaft errichten, die alle gegen sie gerichteten Beschlüsse der Parlamente wirkungslos machen soll.

In der Hoffnung, den Staat an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen, richten sie einen ihrer gefährlichsten Vorstöße gegen die Sozialpolitik des neuen Deutschlands. Von der Aufspaltung aller sozialpolitischfeindlichen Instinkte des Mittelstandes bis zur offenen Verhöhnung der Unterstützungsbezieher bleibt kein Mittel ungenützt, um die soziale Ethik des Volksstaates zu verhöhnern.

Das Unternehmertum hat es aber auch verstanden, sich Hilfsgruppen zu schaffen, um das demokratische System zu bekämpfen. Daß der Mittelstand dabei die Rolle der großen Kälber spielte, „die sich ihren Schlächter selbst wählen“, braucht bei dieser geschichtslosen Klasse nicht wunderzunehmen. Mit besonderer Vorliebe hat sich der Kapitalismus immer Hilfsgruppen aus dem Lager der Entwurzelten und Verzweifelten geholt. Als die Arbeiterschaft nach der Inflation und dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes völlig geschwächt am Boden lag und sinnlosen zerstörenden kommunistischen Aktionen ausgesetzt war, hat mancher Unternehmer auf den Zusammenbruch der Gewerkschaften gehofft. Und als die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gegründet wurde, hat die Schwerindustrie bei ihr Pate gestanden. Seitdem wurden die Nationalsozialisten die Hoffnung des Unternehmertums. Reiche Geldmittel flossen und fließen noch immer von Industriellen und Großagrarern in diese Partei, der die Aufgabe gestellt ist, die Arbeiterbewegung niederzuhalten, den Staat zu zertrümmern, und dadurch dem Herrschaftswillen des Unternehmertums den Weg frei zu machen. Adolf Hitler hat selbst vor wenigen Monaten im „Völkischen Beobachter“ auseinandergesetzt, daß seine Partei mit Sozialismus nichts zu tun habe, sondern für die Rückkehr zur Privatwirtschaft und für die Erhaltung des Unternehmertums eintrete.

Je mehr wir uns mit den Nationalsozialisten beschäftigen, desto mehr erkennen wir die Arbeiterfeindlichkeit dieser Bewegung, die der politische Arm des reaktionären Unternehmertums geworden ist. Das geistige Element der Nationalsozialisten ist die Hochschulg Jugend. Vor dem Kriege hatten wir etwa 70 000 Studenten, heute annähernd die doppelte Zahl. Ganze drei Prozent davon sind Arbeiterkinder. Die erdrückende Mehrheit gehört den besitzenden Schichten und dem Mittelstand an. Dieses Riesengeheer der Akademiker ist die Kerntruppe der Nationalsozialisten im Kampf gegen den Staat. Ihr Haß richtet sich gegen den demokratischen Staat, der das Bildungsprivileg des Obrigkeitsstaates gebrochen hat und dem Mann mit der Volksschulbildung, wenn er begabt und befähigt ist, den Weg in die leitenden Stellen in Staat und Wirtschaft freizumachen sucht. Sie wollen den neuen Staat zerschlagen und das „Dritte Reich“ errichten, damit die Schicht der Bevorzugten allein und uneingeschränkt ihre Herrschaft über die arbeitenden Massen ausüben kann. Nicht einmal die Rechte, die der Arbeiter durch das Betriebsrätegesetz erworben hat, erkennen sie an, und der ganze Arbeiterhaß dieser jeden Fortschritt mißachtenden Bewegung kommt in folgenden Äußerungen, die Adolf Hitler am 1. Juli 1930 machte, zum Ausdruck:

„Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraufen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung und die Macht das wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Fähigkeit sich an die Spitze gearbeitet und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Klasse beweist, haben sie das Recht, zu führen. Daß man nun einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden läßt, das wird sich jeder Wirtschaftsjünger verbitten.“

Welche Rolle danach im „Dritten Reich“ die Arbeiterschaft einnehmen wird, das verrät uns Hitler am Nachmittag des gleichen Tages, als er ausführte:

„Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die nicht von irgendeiner Mittelmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Klasse das Recht hat zu herrschen, und die diese Herrschaft über die breite Masse rückwärtslos aufrechterhält und sichert.“

Die Privatwirtschaft hat sich jedoch nicht damit begnügt, politische Bewegungen gegen den Volksstaat großzuziehen. Einer der Wege, die sie im Ringen um den Staat beschritten hat, ist der konzentrisch vorgetragene Angriff gegen die öffentliche Wirtschaft. In dem gleichen Maße wie der parlamentarische Einfluß der Wirtschaft zurückgegangen ist, ist ihre Gegnerschaft gegen die öffentliche Wirtschaft gewachsen. Dabei hat das Unternehmertum aber auch erkannt, daß in der Entwicklung der letzten Jahre große Zweige der öffentlichen Wirtschaft eine wachsende Bedeutung im Rahmen der Gesamtwirtschaft einnehmen. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist auf dem Wege, in unserem gesamten Wirtschaftsleben eine überragende ja sogar beherrschende Bedeutung einzunehmen.

Die systematische Vergiftung der öffentlichen Meinung durch demagogische und verlogene Behauptungen über die wirtschaftlichen

Funktionen der öffentlichen Hand haben leider dazu geführt, daß im deutschen Volke die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft nicht die Würdigung erfährt, die ihr zukommt. Es ist nicht so, daß die öffentliche Hand nur die angeblich mühsam zusammengeschafften Werte der Privatwirtschaft verpraßt und vergeudet. Die öffentliche Hand nimmt heute im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft eine Stellung ein, ohne die unsere Gesamtwirtschaft nicht mehr zu denken ist. Der Umsatzwert der Produktionskräfte der öffentlichen Hand wird auf 13 Milliarden Reichsmark geschätzt, entspricht also dem Produktionswert unserer gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung. Während die gesamte deutsche Ausfuhr höchstens 3½ Millionen Arbeitnehmer beschäftigt, gibt die öffentliche Hand durch ihre Eigenunternehmungen und auf dem Wege der Auftragserteilungen etwa 4½ Millionen gewerblicher Arbeitnehmer Brot und Arbeit. Es gibt keinen Zweig unserer Volkswirtschaft, der nicht in erheblichem Maße aus den Funktionen der öffentlichen Hand profitiert. Angefangen vom Bergbau über die Eisenindustrie, das Verkehrsgewerbe, die Energiewirtschaft, das Baugewerbe, durch alle Industriezweige hindurch bis zur chemischen Industrie, überall finden wir große leistungsfähige öffentliche Unternehmungen oder aber für die Privatwirtschaft unentbehrliche Aufträge der öffentlichen Hand.

Diesem starken unmittelbaren Einfluß des Staates und seiner Organe innerhalb der Gesamtwirtschaft gilt der rücksichtslose Kampf gegen die öffentliche Hand. Eine der Methoden, diesen Kampf rücksichtslos zu führen, ist die seit mehreren Jahren von der Privatwirtschaft durchgesetzte Abschneidung der öffentlichen Wirtschaft vom Kapitalmarkt. Von den 20 Milliarden Mark Auslandskapitalien, die in die deutsche Gesamtwirtschaft geflossen sind, haben nur 2 Milliarden die deutschen Gemeinden erhalten. Es gelang der Privatwirtschaft, den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht für ihre Ziele zu gewinnen und mit Hilfe einer zentralen Anleihekontrolle der Gemeinden hat Schacht in den letzten Jahren eine rücksichtslose Abschneidung der Gemeinden vom billigen Auslandsgeldmarkt durchgesetzt. Schacht zwang die Gemeinden, ihren großen Finanzbedarf durch kurzfristige Verschuldungen bei den deutschen Banken zu decken. Während ihnen billiges Auslandsgeld mit 7- bis 9prozentiger Verzinsung durch Schacht abgelehnt wurde, mußten die Gemeinden den deutschen Banken für kurzfristige Anleihen und Kredite zwischen 9 und 13 Proz. Zinsen zahlen. Es ist von sachkundiger Seite einwandfrei festgestellt worden, daß in vielen Fällen das teure Geld der deutschen Banken nichts anderes war als das den Gemeinden abgelehnte billige Auslandsgeld, das auf diesem Umweg ver-

teuert an die Gemeinden gebracht worden ist. Heute dürften die deutschen Gemeinden als Folge dieser Politik jährlich etwa 900 Millionen Mark Zinsen zu zahlen haben. Dieser Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft mit seiner unerhörten systematisch betriebenen Verschuldung der Gemeinden hat unserem gesamten Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen. Ein erheblicher Teil unserer fünf Millionen Arbeitslosen verdankt sein trauriges Schicksal dieser Drosselung der öffentlichen Hand und ihrer wirtschaftlichen Funktionen. Besonders das Baugewerbe ist durch diese Entwicklung furchtbar getroffen worden. Wenn man bedenkt, daß mehr als zwei Drittel des gesamten Umsatzes der Bauwirtschaft durch die öffentliche Hand geleitet wird und etwa vier Fünftel des gesamten Wohnungsbaues durch öffentliche Organe betrieben wird, läßt sich sehr schnell ermessen, welche furchtbaren Auswirkungen diese Aktion auf dem Arbeitsmarkt haben muß.

So stellt sich zusammengefaßt der Kampf der Wirtschaft um die Zurückeroberung ihrer alten Herrschaft als ein großzügig durchorganisiertes Unternehmen dar, das das ganze deutsche Volk in seiner Existenz bedrohen muß. Im Mittelpunkt der reaktionären Bewegung, der Gegenwart steht der politische Wille des Unternehmertums, die Macht im Staat zu erobern und das ganze Volk sich dienstbar zu machen. Die politischen Tagesströmungen des Rechtsradikalismus sind nur ein Ausläufer dieser Aktion, der allerdings die wichtige Aufgabe hat, gedeckt durch radikale soziale Forderungen, den wahren Charakter seiner Ziele zu verhüllen.

Die deutsche Arbeiterschaft steht vor einer geschichtlichen Mission. Es geht um die Erhaltung ihres Kulturstandards. Wir haben mehr zu verlieren als unsere Ketten. Wenn das Ziel der Reaktionäre verwirklicht wird, dann wird das deutsche Volk aus der Reihe der ersten Kulturvölker gestrichen werden und die kulturelle Lage seiner Arbeiterschaft auf den Stand der Balkanvölker und Halbasiaten herabgedrückt werden. Deshalb ist der Kampf um die Erhaltung des Volksstaates die erste Voraussetzung, die Verwirklichung der reaktionären Ziele zu verhindern. Die große Aktivität der Arbeiterschaft in den letzten Wochen ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß immer mehr in ihren Reihen die Erkenntnis von der Bedeutung dieses Kampfes wächst. Erkennen wir die Bedeutung unseres Einflusses auf den Staat, erkennen wir die hohe Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie, dann muß es gelingen, den kampferprobten oft bewährten Fortschrittswillen der Arbeiterschaft so zu steigern, daß die Wahrheit wieder zum Siege geführt wird. Und diese Wahrheit ist nicht der reaktionäre Unternehmerstaat, das „Dritte Reich“ des Herrn Hitler, sondern der soziale Volksstaat.

## Vorschau auf die Große Technische Messe und Baumeße Leipzig 1931

Die Große Technische Messe und Baumeße in Leipzig dauert vom 1. bis 11. März. Die Aussteller knüpfen an sie ganz besondere Erwartungen. Stärker als früher muß sie den beteiligten Firmen beweisen, daß sie für ihre Interessenten wirtschaftsfördernd wirkt, Aufträge bringt oder erfolgreiche Geschäftsverbindungen anbahnt. Der Besucher dieser technischen Stadt will aber sehen, ob auch in wirtschaftlich krisenhafter Zeit technische Fortschritte gemacht werden, die ihm und der Allgemeinheit dienen. Man darf schon heute sagen, daß trotz der Schwere unserer Zeit, die Besichtigung der Technischen Messe durch leistungsfähige Werke eine bedeutende sein wird.

Kraftmaschinen, wärmetechnische Anlagen, Werkzeugmaschinen, Maschinen für Textil- und Papierverarbeitung, Maschinen für die Apparate der Ernährungs- und Genußmittelindustrie, Pumpen, Kompressoren, Fördermittel, Transportanlagen, Fahrzeuge und Baumaschinen, elektrotechnische Maschinen, Eisen- und Stahlwaren werden, um nur einige Gruppen herauszugreifen, auf der Technischen Messe zu sehen sein.

Eine recht große Gruppe wird diesmal die Abteilung Fördermittel und Fahrzeuge einnehmen, an der sich 150 Werke beteiligen. Für den neuzeitlich geleiteten Fabrikbetrieb und zur Bewältigung von Verkehrsaufgaben ist die Verwendung von geeigneten Fördermitteln und Fahrzeugen erste Voraussetzung. Band-, Kreis- und Schaufelförderer werden in neuen oder bewährten Formen und Ausführungsarten vorgeführt werden. Anhängerfahrzeuge, Kipper und Zugmaschinen werden in verschiedenster Art mit verbesserten Sicherheitsbremsen und Kippvorrichtungen zu sehen sein.

Es sei noch kurz auf die Gruppe Erfindungen und Neuheiten hingewiesen, die wiederum reich besichtigt sein wird. Im Rahmen dieser Sonderschau hat vor allem der kleine Erfinder Gelegenheit, die Produkte seiner Geistes- und Handarbeit auszustellen und zweckmäßig zu verwerten.

Auch das Handwerk, das im steigenden Maße an der Technischen Messe in den letzten Jahren Interesse zeigt, wird diesmal mit einer Musterschmiede aufwarten. Diese offene Werkstatt soll den Handwerksmeistern und Werkmeistern dienen, indem sie sie mit den billigsten und bestgeeignetsten Maschinen bekanntzumachen versucht.

Es sei noch kurz darauf hingewiesen, daß wichtige Tagungen und Sonderveranstaltungen während der Technischen Messe diesmal wieder vorgesehen sind. So z. B. eine „Textiltechnische Tagung“, die Veranstaltung „Handwerkliches Schweißen“, die „Betriebstechnische Tagung“, die Bautagung „Straßen und Brücken“ und eine Veranstaltung „Baustoffe und Baukonstruktionen im Wohnungsbau“.

Die reichhaltige Besichtigung der Technischen Messe wird auch dieses Jahr einen starken allgemeinen Besuch von Einkäufern und Interessenten nach sich ziehen. Zusammen mit der Mustermesse, die vom 1. bis 7. März stattfindet und die das gewohnte mannigfaltige Bild zeigt, wird die Leipziger Messe auch in jetzigen schweren Zeiten der gesamten Industrie, damit also der deutschen Wirtschaft und besonders der Arbeiterschaft dienen. Ein guter geschäftlicher Erfolg der Leipziger Messe ist aber die beste produktive Arbeitslosenfürsorge, ist besser, als alles problematische Verhandeln und Diskutieren über diese Frage am grünen Tisch.

Dr. Rudolf Dogel

## Frivolität — Neue Zollpläne

Der Reichsernährungsminister Schiele, der Vertrauensmann der großagratischen Grünen Front im Reichskabinett, fordert neue Zölle. Der Butter-, Käse-, Vieh- und Fleischzoll soll weiter erhöht werden. Im Reichskabinett ist der Landwirtschaftsminister allerdings auf Widerstand gestoßen. Man glaubt dort die Forderungen Schieles nicht mehr verantworten zu können. Aber unter Druck der eigenartig gelagerten politischen Verhältnisse, also nicht zu guter Letzt unter Druck der rechtsradikalen Bewegung, sucht man nach Kompromissen. Auch das ist eine Folge des nationalsozialistischen Treibens in Deutschland. Setzt Schiele aber die großagratischen Zollforderungen auch nur zum Teil durch, dann ist zunächst einmal, abgesehen von den handelspolitischen Verwicklungen, mit einer neuen Teuerungswelle zu rechnen. Diese käme uns aber so ungelogen wie nur etwas. Die versprochene Preisenkungsaktion ist auf dem Papier stehen geblieben. Schon jetzt ist die Abflachung der Kleinhandelspreise, soweit sie durch die ganze Wirtschaftsentwicklung bedingt ist, ins Stocken geraten. Neue Zölle auf Lebensmittel würden die Preise in die Höhe treiben. Deutschland müßte seine Preise aufstocken, während das Ausland seine Preise abbaut. Wir würden damit eine bessere wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Durch übersehte Preise würden wir die Wirtschaftskrise verewigen, durch Handelskriege hunderttausende von neuen Arbeitslosen schaffen, während die anderen Industrieländer ihre Krise liquidieren.

Dieses Bild ergibt sich, wenn man die Schiele'schen Forderungen einmal vom Standpunkt der gesamten Wirtschaft und nicht nur vom Standpunkt großagratischer Profitinteressen betrachtet. Daß die Landwirtschaft in Deutschland, wie die Landwirtschaft in der ganzen Welt, in einer Agrarkrise steckt, die heftiger wird, je länger sie dauert, daran ist ebensowenig zu zweifeln, wie an der anderen Tatsache, daß Herr Schiele mit seiner Zollpolitik bisher so gut wie gar nichts für die Überwindung dieser Agrarkrise erreicht hat. Der Reichsernährungsminister hat z. B. für Weizen Zölle durchgesetzt, die höher sind als der Preis für den ausländischen Weizen. Er hat Verarbeitete und Konsum gezwungen, deutschen Weizen zu verbrauchen. Dieses System der Ueberzölle und der Beimischungszwänge soll jetzt auf die landwirtschaftliche Veredelungsindustrie, auf Vieh, Fleisch, Butter, Käse usw. übertragen werden. Angesichts eines solchen wirtschaftspolitischen Radikalismus hat man sich zu fragen, ob diese Maßnahmen geeignet sind, die landwirtschaftliche Krise zu mildern. Wir müssen diese Frage glatt verneinen. So will Herr Schiele z. B. die Zwischenzölle von 1925 für Schmalz aufheben. Die Dinge liegen aber so, daß das ausländische Schmalz weit billiger ist als das inländische Schmalz. Der breite Konsum, auf den es ankommt, behilft sich natürlich mit ausländischem Schmalz, weil er muß, weil dieses Produkt billiger ist. Durch die Aufhebung der Zwischenzölle würde sich der Preis für ausländisches Schmalz pro Pfund um 2 Pf. erhöhen. Damit bliebe aber der Preis für Auslandschmalz immer noch weit unter dem Inlandschmalz. Die Preisdifferenz wäre immer noch so groß, daß jemand, der bisher Auslandschmalz wegen seiner Billigkeit gebraucht hat, niemals das immer noch zu teure Inlandschmalz nähme. Der Reichsernährungsminister aber ist solchen Vorstellungen nicht zugänglich. Er will die Verteuerung von 2 Pf. für Auslandschmalz und schafft damit nur einen regelrechten Finanzzoll, der der Landwirtschaft nicht hilft, die breiten Massen aber arg belastet. Etwas Unsozialeres und Vernunftwidrigeres kann man sich kaum denken.

Das ist nur eine Probe aus den Projekten des Herrn Schiele. Schlimmer sieht es noch mit den Beimischungszwängen aus. Daß man der deutschen Bevölkerung vorschreibt, daß sie deutschen Weizen konsumiert, ist schließlich eine an den Kriegssozialismus erinnernde Maßnahme, die sich aber angesichts der Lage auf den Getreidemarkten und in Hinsicht auf die Notwendigkeit, den deutschen Getreidebau mehr auf Weizenbau umzustellen, immerhin verteidigen läßt. Wenn man aber die deutsche Verkehrtwirtschaft zu einer Beimischung von Kartoffelsprit zu Benzin zwingt, dann ist das eine Verteuerung des deutschen Motorverkehrs um einige Dutzend Millionen Mark pro Jahr und eine fette Liebesgabe an die deutschen Kartoffelagrarier in Ostelbien. Was heißt eigentlich dieser Zwang? Es ist eine Subvention, bar ausbezahlt, an jeden in Deutschland, der schlecht produziert und der sich frühzeitig an den Herrn Reichsernährungsminister heranmacht und sich seinen Beimischungszwang sichert. Zu welcher anderen Auffassung soll man kommen, wenn man sich mit dem Man trägt, die Fischhändler zu einem Beimischungszwang von deutschen Karpfen zu verpflichten. Die Textilindustrie soll ge-

zwungen werden, Hanf, Wolle und Flach zu mischen, obwohl die deutsche Erzeugung nur Bruchteile des Bedarfs deckt und die Textilindustrie auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen ist. Die deutschen Brauereien sollen einen Beimischungszwang für Hopfen erhalten. Der Beimischungszwang scheint aber bereits als Epidemie zu grassieren und man wird sich nicht wundern, wenn wir Deutschen mit unserem Beimischungszwang bald Lehrmeister für andere Länder werden. Schon kündigt Argentinien an, daß nur solches Bier nach Argentinien exportiert werden darf, das zu 50 Proz. aus argentinischer Gerste gebraut ist. Wenn das argentinische Beispiel Schule machen wird, kann die deutsche Exportindustrie das blaue Wunder erleben.

Man wird sich darüber klar sein, daß es sich bei den Schiele'schen Projekten nicht mehr um wirtschaftspolitische, sondern um reine Subventionsmaßnahmen handelt. Man hat die Landwirtschaft durch den falschen Kurs in unserer Agrarpolitik unter Reichsernährungsminister Schiele ja förmlich zur Subventionspolitik erzogen. Die Landwirtschaft, die so viel von Selbstständigkeit und Selbsthilfe spricht, verläßt sich ganz auf die Hilfe des Staates. Sie hat es verlernt, an sich selbst zu arbeiten, und wenn der Kurs weitergeht, steht sicherlich am Schluß der Schiele'schen Subventionspolitik die Agrarkatastrophe. Im Interesse der deutschen Landwirtschaft und im Interesse der Überwindung der Agrarkrise wäre es schon am besten, der gegenwärtige Reichsernährungsminister räumte seinen Platz in der Regierung und überließe sein Amt einem anderen, der befähigt und in der Lage wäre, die verfahrenere Agrarpolitik im Reichsernährungsministerium zu liquidieren. Der Willens wäre, die deutsche Landwirtschaft zur Selbstbestimmung zu rufen und endlich einmal das heiße Eisen der Zwischengewinne, die die Lebensmittel verteuern und den Erzeugern nicht den genügenden Preis lassen, anzufassen.

Im Grunde genommen ist das Problem der neuen Agrarzölle eine handelspolitische Frage. Schon im vorigen Jahre hat es handelspolitische Auseinandersetzungen mit Holland und mit Dänemark gegeben, weil der Reichsernährungsminister die Einfuhr von ausländischer Butter unterbinden wollte. Damals wurde ganz systematisch der Boykott deutscher Waren in Holland und Dänemark gefordert und vorbereitet. Nur mit Mühe und Not konnten die Dinge wieder eingelenkt werden. Die Entwicklung der deutschen Zollpolitik hat aber die beteiligten Staaten, also in der Hauptsache Holland, Dänemark, Schweden und die Randstaaten, handelspolitisch zusammengeschlossen. In einem Schreiben, das das Reichswirtschaftsministerium an die Reichsregierung gerichtet hat und in dem vor den neuen Schiele'schen Zollprojekten dringend gewarnt wird, wird offen ausgesprochen, daß es nur eines zollpolitischen Konflikts bedürfe, um diesen Staatenring zu veranlassen, gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen. Die von Schiele geplante Erhöhung des Butterzolls von 50 auf 80 Mk. wäre ein solcher Konfliktfall. Die unsinnige und unsoziale Maßnahme — die Einfuhr ausländischer Butter nach Deutschland läßt sich nicht durch Zölle, sondern nur durch eine Qualitätsverbesserung deutscher Butter bekämpfen — würde den Handelskrieg mit Holland, den skandinavischen Ländern und den Randstaaten bedeuten. Der Zoll auf Rund- und Schnittholz, der nur den Wohnungsbau verteuern könnte, wäre der Handelskrieg mit Polen, Rußland und Oesterreich. Aber damit nicht genug. Wir haben Handelsverträge mit Italien, Frankreich, Spanien und mit den Balkanländern. Diese Handelsverträge haben sich für Deutschland günstig ausgewirkt. Sie besitzen Milliardenwert für uns. Natürlich wollen diese Länder aber auch ihre Waren, hauptsächlich Süßfrüchte, nach Deutschland exportieren. Deutschland ist der Abnehmer dieser Waren und braucht einen Zuschuß an Apfelsinen, Zitronen usw. Nun haben die Gärtner zusammen mit den Großagrarern die Kateridee eines Süßfrüchtemonopols ausbreitet, das das Ziel hat, die Einfuhr von Süßfrüchten nach Deutschland zu sperren. Das Reichswirtschaftsministerium hat schon recht, wenn es in seinem oben angeführten Schreiben sagt, daß das die günstigen Handelsverträge mit Italien, Frankreich, Spanien usw. gefährden müßte und ihr Ende bedeute und daß sich ein solcher Wahnsinn im Hinblick auf die deutsche Wirtschaftslage um ein paar Pfennige Zoll nicht zu verantworten wäre. Das ist vernünftig und unparteiisch gesprochen.

Herr Schiele aber will die Zölle, hoffentlich öffnet die gerade Sprache des Reichswirtschaftsministeriums auch solchen Leuten in Deutschland die Augen, die es sonst gewohnt sind, die Phrasen des Radikalismus der Interessenten ohne Kritik zu schlucken.

## Frühlingsgarten

## Vorfrühlingsgärten

Schneeschmelze fließt in letzten Winkelsgatten,  
Eben flattern Finken hoch in seid'ner Luft,  
Ein Blümslein lugt aus weissen Samenmatten,  
Der weiche Wind bringt seltsam herben Duft.

Nun brennen bald die bunten Krokuskerzen,  
Die Weidenweiser tragen Silberzier  
Und Sonne flammt herab um Haus und Herzen,  
Erweckt die Saat im Garten — und in Dir.

barkeit. Es ist wie ein scheues Blütenfasten in dieser Vorfrühlingszeit, nie kann man genaue Zeit und Blühdauer voraussagen. Oft deckt ein später Schnee alle Herrlichkeit noch einmal zu, richtet ein böser Frost all das zage Blühen zugrunde. Doch sieghaft behaupten sich immer wieder des Frühlings unverdrossene Dorkäufer, trotz Märzsturm und Aprilschauer und erfüllen die Gärten mit Licht und Farbe.

Die Steingärten und -gärtchen — die nicht zu verwechseln sind mit den Tuffsteingrotten und den zementgemauerten Miniaturalpen früherer Zeiten — werden gerade im frühen Frühling uns ästhetisch befriedigen. Dann wird der graue Stein zum Wechselrahmen täglich neuer Blumenbilder. Aus schmalsten Spalten von

**S**chon lange Wochen vor dem Frühling der Poeten beginnt der Frühling des Garten- und Staudenfreundes, dessen Glück — Gartenglück — Karl Förster mit dem des Frühlingsaufstehers vergleicht. Noch sind Baum und Strauch un-

belaubt. Aber schon im Januar treibt im Gebüsch zwischen den Laubresten der vorjährigen Vegetation neues Leben, kommen die glänzenden Blätter des Scharbockkrautes (*Ranunculus*) hervor, denen dann im März die goldgelben Blüten folgen. Es entwickelt der Winterling (*Eranthis*) seine Triebe mit den goldgelben Blütensternen, umgeben von grüner Halskrause. Als erste blühen unter Haselnuß und Weiden die Primeln, Buschwindröschen, Feigwurz und Lerchensporn. Es gibt kaum etwas Frühlingsfroheres als Blütenkätzchen der Weiden, Haselnuß und Erlenblüsch. Frühlingshoffen erwacht. Seltsame graue, verwischte Farbtöne liegen im Vorfrühlingsgarten. Das Austreiben der Stauden dauert Wochen, oft Monate. Die Blattschöpfe von Mohn, Sturmhut, Tränendes Herz, Ritterhorn und Lilien schimmern in Rot, Bronze, Silber und Grün aller Schattierungen. Roter glühende Taufschön schämen sich des kurzen, weißen Blütenhemdchens der Anemone, goldgelber Winterhahnenfuß mit einer Blätterhalskrause von eigenem Schnitt hat sich am Fuße des narkotisch duftenden rosa Seidelbastes mit weißgrünen Schneeglöckchen zu einem nachwinterlichen Blütensteldchen zusammengefunden. Christrosen treiben ihre

rosigen Blütenstiele zum Licht, oft blühen diese weizen und rosafarbenen Blumenkelche über dem Schnee in stiller, rührender, jedoch mutiger Bescheidenheit. Wie Gold tropft es von den Zweigen der Cornelkirschen und Forsythien, blauviolett schimmern die Ulmen. Porzellanfarbene Krokus erschließen sich mit den ersten wärmeren Sonnenstrahlen. Ehe wir es ahnen, sind sie da und grünen uns, lachende Augen des Frühlings, golden purpurn, lila, weiß und buntgestreift ist ihr Blütenkleid. „Als Zeus sich auf dem Berge Ida lagerte“, so heißt es schon in Homers „Ilias“, „ließ die Erde unter ihm frisches Gras, betauten Lotos (Klee), Krokos und Hyazinthenos dicht und weich emporwachsen“. Mit den Krokus wetteifern in lieblichen Samttönen und mit gewagtesten Farhentupfen die Primeln und Aurikeln, gleichsam die Farbenpalette des Malerkünstlers Cenz. Wie am Waldsrande die goldgelben Schlüsselblumen sind unsere Gartenprimeln die Herolde des Frühlings. Shakespeare läßt in seinem „Sommer nachts Traum“ die Elfe von ihrer Königin sagen: „Die Primeln sind ihr Hofgeleit, ihr seht die Fleck' am goldnen Kleid“, und: „Nun such' ich Tropfen Tau's hervor und häng' ne Perle in jeder Primel Ohr.“

Die Mannigfaltigkeit der Farben und Formen im Staat der Primeln wird kaum von einer anderen Pflanzenart erreicht. Lieblich wirken die niedrigen teppichartigen, imposant die hohen Sorten. Fast wie Porzellan wirken die kleinen weißen, rosa und blauen Sorten, weithin leuchten die weinroten, purpurnen und orangefarbenen Blüten, während das intensive Gelb sich wirkungsvoll vom dunklen, noch feuchten Boden abhebt.

Am Gartenrande sind die ersten Vorposten der Schwertlilien aufmarschiert. Jede Blume ist in dieser Zeit eine besondere Kost-



Frühlingserwachen im Garten

honigduftende Mahonien und Eriken, die Schneehaide, lassen die Fülle der Blütengehölze im Mai nur ahnen.

Wenn sich die Glöckchen der Küchen- oder Kuhschelle weiß, geprenkelt und schwarzviolett färben, ist Ostern nahe. Die kleinen Blüten ähneln wirklich dem Lanteglöckchen der Gebirgskübe. Ihre Farben entschädigen reichlich für das Nichtklingen der Blüten-schellen. Unhörbar bleibt auch das Osterklängen der Narzissen. Hoch über allem Osterblühen steht die schimmernde Kaiserkrone, die „Lilie des Feldes“, mit niederhängenden Glöckchen, aus denen Honigtränen träufeln. Worte können nicht den Schmelz und Glanz aller Vorfrühlingsblüten-schönheit schildern. Wenige Sonnenstunden im Vorfrühlingsgarten wiegen nicht alle Sommerherrlichkeit auf.

Des deutschen Volkes Gartenzukunft wird beim Vorfrühlingsgarten beginnen. Im kommenden Zeitalter des Gartens wird Reiztheit und Schönheit das Bild der Gärten bestimmen. Zögernd stehen wir immer noch an der Schwelle des neuen Blumengartens, des künftigen Gartens Eden. Schon klingen Amfelslieder, singen heimliche Quellen. In schwellendem Jubel steigt der Saft in Baum und Strauch, die schlanken Weidenruten stehen im goldenen und purpurnen Festausch. Im Hauch des Südwindes schmeicheln die Wunder des kommenden Gartenfrühlings, der Duft der Veilchen und der Atem der Rosen, das Wehen der hellgrünen Buchenblätter ist schon darin und das Wogen der Gräser. Traumfäden aus Lilienkelchen und rosenrote Apfelblüten hält er in seinen gütigen Händen, lang, ehe der Mai alle Sehnsucht erfüllt, hält leise und heimlich der Vorfrühling Einzug. Eindringlich spricht er durch Frühlingsblumen aller Art seine eigene Sprache und verheißt Sonne und Glück. Vorfrühlingsgärten sind ein Teil vom Zauber-Sonne und Glück.

## Gartenarbeiten im Frühjahr

Soweit der Schnitt der Bäume und Sträucher in den vorhergegangenen Herbst- und Wintermonaten noch nicht ausgeführt worden ist, kann er den ganzen Februar über noch vorgenommen werden. Dem im Obstschnitt noch Unerfahrenen ist zu raten, möglichst wenig an den Ästen und Zweigen herumzuschneiden oder gar zu schnipseln, sondern sich auf das Auslichten der Kronen und das Wegnehmen trockener oder kranker Zweige sowie der „Wasserschosse“, das sind starke, meist dicht beieinander inmitten der Baumkrone entstandene Triebe, zu beschränken.

Um die Mitte des Monats Februar herum wird es dann Zeit, die Edelreiser zu etwa geplanten Obstbaumveredelungen zu schneiden, denn die aufzuführenden Edelreiser müssen sich bei Vornahme der Veredlung (im März) noch im ruhenden Zustande befinden, während die „Unterlage“ (der Wildling oder eine nicht befriedigende Sorte) bereits safttreibend sein soll. Natürlich dürfen aber die Reiser bis dahin nicht etwa ein- oder gar vertrocknet sein, sondern müssen ihre Frische behalten. Deshalb gräbt man sie an schattiger Stelle, an einer Nordwand, doch außerhalb der Dachtraufe, fast ganz in die Erde ein, jede einzelne Sorte für sich gebündelt und bezeichnet. Ältere Obstbäume, die man umveredeln will, sollte man schon vorher entsprechend zurückschneiden — Im Obstgarten sind zur Bekämpfung der tierischen Schädlinge und Pilzkrankheiten jetzt einige vorbeugende Maßnahmen angebracht, vor allem gegenüber der Blutlaus, die wohl allgemein bekannt sein dürfte. Ihre Fraßstellen an Astwinkeln, Schnittflächen, aber auch an einjährigen Trieben, sind jetzt besser zu erkennen und zu behandeln, als wenn der Baum belaubt ist. Als ein wirksames Mittel hat sich „Aphidon“ erwiesen (in Samengehäften erhältlich), das in 10prozentiger Lösung an diesen Stellen aufzusprühen ist. Dabei beachte man auch besonders den „Wurzelhals“ (das ist der Stammteil unmittelbar über dem Ansatz der Wurzel) der Bäume, die von der Blutlaus befallen waren. Hier ist die Erde zu entfernen und das Mittel am Wurzelhals aufzustreichen, denn hier überwintert mit Vorliebe die letzte Generation des Ungeziefers.

Als ein weiteres Mittel gegen verschiedene tierische Schädlinge hat sich „Rein-Nikotin“, gegen Pilzkrankheiten, wie Mehltau, Schorf und Monilla (hauptsächlich an Kirschen), „Mospirasen“ bewährt, mit dem jetzt die Obstbäume und -sträucher zu besprühen sind. In diesem Mittel sind Kupfer und Arsenikstoffe vereinigt. Es sei jedoch betont, daß die Bekämpfung der Obstbaumschädlinge nicht mit diesen vorbeugenden Maßnahmen abgetan ist, sondern kurz vor und nach dem Entfalten der Blätter und der Blüten haben weitere Spritzungen zu erfolgen, soll Dürchgreifendes geschehen.

Dann ist es auch Zeit zur Düngung der Obstbäume und -sträucher. Soweit dazu nicht tierischer Dung zur Verfügung steht, gebe man eine Mischung aus vier Teilen Kalk, vier Teilen Ammoniak und zwei Teilen Superphosphat oder Thomasmehl. Davon sind je Quadratmeter Beschattungsfäche 100 Gramm auszustreuen und sofort einzuhacken.

Sobald der Boden wieder offen ist, können auch notwendige Neu- oder Umpflanzungen von härteren Bäumen und Sträuchern vorgenommen werden; mit dem Pflanzen von Pfirsichen, Kirschen und ähnlichen zarteren Gehölzen wird man noch warten.

Im Gemüsegarten sind vor allem auszusäen: Spinat auf gut gedüngtes Land, am besten breitwürfig und nicht allzu dicht, dann Karotten, Möhren, Petersilie, Schwarzwurzeln auf nicht frischgedüngte Beete und in Reihensaat (ganz flache Rillen, mit dem Harkenstiel an der Schnur entlang gezogen). Auf diese Beete

können ganz dünn, um das Land auszunutzen, noch Radies breitwürfig dazwischen gesät werden. Auch die Erbsen (Schoten) müssen unbedingt in die Erde. Dann ist es Zeit zu Freilandaussaaten von Kopfsalat, Kohlrabi, Wirsing-, Weiß-, Rot- und Blumenkohl, auch Porree. Für die ersten Anpflanzungen werden die Pflanzen am besten vom Gärtner bezogen. Die einjährigen Gewürzkräuter, wie Bohnenkraut, Majoran usw. sind auszusäen, die ausdauernden, wie Schnittlauch, Salbei u. dgl., sind zu teilen und zu verpflanzen.

Im April werden wir dann auch an die Blumen denken können. Auf einem gut zubereiteten, lockeren, mit Torfmull durchmischten, aber nicht frisch gebüngten Beetchen können Astern, Levkojen, Sommerrittersporn und sonstige Einjahresblumen, die man später verpflanzen will, ausgesät werden, doch ist der Same nur ganz schwach zu bedecken; andere wie Reseda, wohlriechende Wicken usw. sind an Ort und Stelle auszusäen. Natürlich können



Dreiarmlige Schnurbäume als Wegeeinfassung

auch Blütenstauden noch verpflanzt werden, auch die Dahlien und Gladiolen sind dann auszusäen. Erstere empfiehlt es sich in jedem Fall zu teilen, sie blühen dann besser, dagegen bedürfen sie keiner besonderen Düngung. Der Winterschutz ist natürlich, sobald stärkere Fröste nicht mehr zu befürchten sind, von den Stauden und den Rosen zu entfernen. Letztere sind zu beschneiden, bei den Beetrosen nimmt man schwache Triebe ganz weg, die anderen zurück auf starke Augen. Anders sind die Schlingrosen zu behandeln, hier sind die langen

einjährigen Triebe diejenigen, die uns die Blütenfülle bringen. Sie sind also nicht wegzuschneiden, nur die zu schwachen Triebenden sind zurückzunehmen. Der eigentliche Schnitt erfolgt hier nach der Blüte durch Wegnahme des alten abgeblühten Holzes. Die Hauptsache bei jedem Schnitt von Gehölzen ist eine gute Beobachtung der so verschieden gearteten Entwicklung der einzelnen Arten. Diese Naturbeobachtung ist überhaupt das Kostlichste im Gartengenuss.

A. L.

## Nutzen und Schönheit der Formobstbäume

Wenn man sieht, wieviel Haus- und Mauerwände noch unbepflanzt, wieviel Wege im Obst- und Gemüsegarten noch ohne Formobsteinfassung sind, dann kommt man unwillkürlich zu der Vermutung, daß die Behandlung und die Rentabilität des Form- und Spalterobstes noch sehr wenig bekannt sein müssen. Vielleicht weiß man nicht, welche Sorte, welche Form nun gerade für den fraglichen Platz die beste ist. Oder aber man wurde da und dort einmal unrichtig beraten, hat vielleicht von Mißerfolgen gehört oder aber man meint, daß an dem fraglichen Platz doch nichts mehr gedeihen könnte u. a. m. Der „Wenn und Aber“ sind meist sehr viele, doch nur sehr wenige können als wirklich stichhaltig anerkannt werden. Es dürfte z. B. noch nicht allgemein bekannt sein, daß an der Nordwand eines Hauses oder einer Mauer usw. Sauerkirschen (Schattenmorellen) noch mit gutem Erfolg tragen. Und ebenso haben wir andererseits Kernobstsorten, die sich auch für die West- und Ostwand noch ganz vorzüglich eignen. Daß gerade beim Formobst Schönheit und Nutzen recht wohl miteinander verbunden werden können, bestätigt z. B. der Anblick eines in vollem Blüten Schmuck prangenden Obstlaubenganges oder Wandspalters im Frühjahr oder der Zauber der lachenden Früchte vom Sommer bis Spätherbst. Deshalb sollte jede leere Hauswand und kahle Wandfläche mit den entsprechenden Sorten bepflanzt, der Obstgarten mit waage- oder senkrechten Schnurbäumen eingefast werden, den Formen, die hauptsächlich dafür in Betracht kommen. Die beste Pflanzzeit sind die Monate März-April und Oktober-November. Sachgemäße Pflanzung, Ernährung und Bewässerung, besonders bei

Bäume an Hauswänden und unter Dachvorsprüngen, sind Grundbedingungen für den Erfolg. Einwandfreies tadelloses Pflanzenmaterial, gründliche Bodenlockerung, sortenechte Bäume und die richtigen Spaliervorrichtungen aus Draht oder Latten sind ebenso unentbehrlich wie die Kenntnis des Sommer- und Winterschnitts.

Für den senkrechten, freistehenden Schnurbaum, auch Kordon genannt, kommen nur Äpfel und Birnen in Betracht, als waagerechte, ein- oder zweiarmlige Schnurbäume eigentlich nur besonders erprobte Apfelsorten. Birnen bewähren sich in dieser Form selten. Ueber geeignete Sorten gibt die Schriftleitung unserer Halbmonatschrift „Gärtnerei-Fachblatt“ gern Auskunft.

Bei Mauerwänden muß die Lage berücksichtigt werden. An Südwänden, auch in südöstlicher oder südwestlicher Lage kommen neben bestimmten Apfel- und Birnensorten auch Pfirsiche und Weinreben zur Anpflanzung, an Ostwänden Äpfel und Sauerkirschen, an Westwänden vornehmlich Birnen und auch Äpfel, während für nördliche Lagen nur einige Kirschen, vor allem die „Schattenmorelle“ noch in Betracht kommen. Je kühler die Wandfläche, je rauher das Klima und je höher die Lage, desto frühere Sorten sind zu wählen. Nutzen und Schönheit aber bringen unsere Formobstbäume in jeden Garten, wenn sie nicht vernachlässigt werden.

P. Schmidt.

### Unsere schönsten Gartentulpen

Mit Recht werden in den letzten Jahren unsere Gärten wieder mehr und mehr mit Tulpen bepflanzt und geschmückt. Dazu hat wohl die Massenverwendung in den öffentlichen Anlagen unserer Städte vornehmlich beigetragen. An erster Stelle findet man die Darwin-Tulpen verwendet, deren Farbenreichtum, lange Stiele und Größe der Blüten auch diesen Vorzug verdienen. Setzt der Flor dieser Tulpen ein, dann erst ist der Frühling in seiner ganzen Schönheit erstanden. In großen Flächen, auf ganzen Beeten oder in kleinen Gruppen vor Gehäusen oder in Staudenpflanzungen, überall geben sie ein eigenartig schönes Bild.

Neben dieser Art sind die Breeder Tulpen schnell beliebt geworden, die in ähnlicher Weise wirkungsvolle Verwendung finden. Ihre Blumen sind ebenfalls groß und voll und werden auf straffen Stielen getragen. Sie zeichnen sich durch besonders schöne Farbentönungen aus.

Eine neue Rasse stellen die „Triumph“-Tulpen dar, die von besonders kräftigem Wuchs sind. Auf 40 Zentimeter hohen Stielen tragen sie enorm große Blumen, die auch noch den Vorzug besonders langer Haltbarkeit aufweisen. Diese neue Rasse ist auch bereits in einigen Sorten im Handel, von denen die nach Lord „Carnavon“ benannte, wohl die schönste ist. Ihre Farbe ist ein leuchtendes Rosa auf weißem Grunde. Die im zeitigen Frühjahr blühenden Tulpen müssen im Herbst zuvor, am besten in der ersten Hälfte des Oktober, als starke blühfähige Zwiebeln etwa 10 bis 12 Zentimeter tief gepflanzt werden, und es empfiehlt sich, sie alljährlich nach dem Abwelken wieder aus dem Boden zu nehmen, um sie an trockenem Ort aufzubewahren bis zum Wiedereinpflanzen im Herbst. Ueber Winter genügt eine leichte Bodenbedeckung von Torfmull oder Laub.

### Aberglaube beim Pflanzen von Fruchtbäumen

Die alten Römer hielten es für äußerst nachteilig, in einem Weinberg einen Haselnußstrauch zu haben. Vielleicht hatte man ursprünglich eine Schädigung der Reben durch das Wurzelwerk des Haselnußstrauchs zu bemerken geglaubt. Das ist um so eher wahrscheinlich, als schon Solon bestimmt hatte, es müsse bei Baumpflanzungen im allgemeinen ein Abstand von fünf Fuß, bei Öl- und Feigenbäumen, deren längerer Wurzeln wegen, von neun Fuß gehalten werden.

Im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung schrieb Junius Moderatus Columella ein Buch über den Landbau. Er empfahl darin, neben einem Granatbaum immer eine Meerzwiebel oder eine Iris zu pflanzen. Der Granatbaum ist sehr in den Hintergrund getreten, dagegen ist es bei Feigenbäumen unter der bäuerlichen Bevölkerung Italiens ganz üblich, eine oder die andere der genannten Pflanzen mit dem Feigenbaum zu vergesellschaften. Plinius bestätigt das von Columella Gesagte, verallgemeinert es aber, indem er sagt, es sei überhaupt zweckmäßig, eine Meerzwiebel neben Fruchtbäume irgendwelcher Art zu pflanzen, da deren Ertrag dadurch erhöht werde. Von der Rute z. B. wurde gesagt, sie wüchse nirgends so gut als unter einem Feigenbaum. In Ostindien und speziell im Gebiet von Bombay ist man bemüht, junge Bäumchen gegen den bösen Blick zu schützen. Man bindet zu diesem Zwecke einen alten Schuß an das Bäumchen.

## Pflanzen als Symbol

Die Bedeutung der Pflanzen für den Menschen im Laufe der Kulturgeschichte ist von zwei Gesichtspunkten aus zu betrachten. Einmal dient die Pflanzenwelt als Grundlage zur Erhaltung jeglichen Tier- und Menschenlebens überhaupt, ihr Vorhandensein bildet die Grundbedingung jeder Siedlungsmöglichkeit, der Sesshaftmachung eines Volkes. Sobald aber der Mensch seine materiellen Lebensbedürfnisse gestillt hat, geht er daran, sein Leben nach der ideellen Seite hin zu verschönern. Zunächst schmückt er seinen eigenen Körper, dann seine Wohnung und endlich deren Umgebung. Hier steht ihm die Pflanzenwelt helfend zur Seite. Erntete er erst die Früchte, um seinen Hunger zu stillen, benutzte er weiter das Holz, um seine Behausung zu bauen und seine Geräte herzustellen, so gewinnt er jetzt Freude an der Farbe und dem Duft der Blüten und an dem Formenreichtum der Pflanzen ihrer Zweige, Blätter und Früchte. In Ornamenten und Malereien alter Kulturvölker finden wir ihre Nachbildungen, man suchte und fand in den Formen- und Linienverhältnissen der Pflanzen das Schönheitsideal. Auch abgeschmittenen Pflanzenteile wurden bald als Schmuck verwandt. So flochten die alten Griechen Kränze, um mit ihnen die Häupter tüchtiger Männer zu schmücken. Besonders ausgeprägt war dieser Brauch bei den Römern. Je nach den Taten des Helden wurde das Material verwendet. Als höchste Auszeichnung galt dem siegenden Feldherrn der Lorbeerkranz, während als Ehrung verdienstvoller Bürger der Eichenkranz Verwendung fand. Dagegen galt die Distel von alters her als verflucht, dazu geschaffen, als Strafmittel für böse Menschen angewendet zu werden.

Diese Beispiele lassen erkennen, daß die verschiedenen Pflanzen in einen bestimmten Zusammenhang mit dem Menschen gebracht wurde, daß man eine Beziehung zwischen ihm und den Pflanzen suchte. Eine „Blumensprache“ hat sich im Laufe der Zeit immer mehr ausgeprägt. Mit fortschreitender Naturbeobachtung fand das Volksempfinden für jede bekannte Pflanze im Garten und in der freien Natur eine bestimmte Deutung und Symbolik. Unter den heutigen Zeit- und Kulturverhältnissen droht nun allerdings den Blumen das Schicksal, ihre Poesie wieder zu verlieren. Heute wird die Absicht, „Blumen sprechen zu lassen“, nachdrücklich betont, und man sollte sich des feinen Empfindens öfter und stärker erinnern, das bestimmte Pflanzen im Volke ausgelöst haben.

So ist besonders uns Deutschen die Eiche als Sinnbild der Kraft und Stärke lieb, während die vollen Kornähren im Erntekranz Fleiß und Wohlstand andeuten. Aus der biblischen Ueberlieferung heraus gelten uns Palmenwedel als Zeichen des Friedens. Schon seit alters her behauptet im Leben der Völker die Rose ihren Platz als „Königin der Blume“. Im klassischen Rom galt sie als Sinnbild der Pracht und Freude, während die nordischen Völker in ihrem Blühen die Jugend und Liebe verkörpert sahen. Eine ähnliche Bedeutung als Symbol der Liebe hatten die roten Blüten der Nelken und die der „Brennenden Liebe“ (*Lychnis chalcidonica*). Noch heute ist die Myrte ein Zeichen der Hochzeit und der Lorbeer das des Ruhms. Die Lilien gelten mit ihren weißen Blütenkronen und goldenen Staubfäden als Symbol der Reinheit und Keuschheit.

Auch aus dem natürlichen Standort der Pflanzen leitete man Beziehungen zum menschlichen Leben ab, so verglich man die Bescheidenheit mit einem Veilchen und die Einsamkeit mit dem Heidekraut. In dem tiefen Blau der Kornblumen sah man den klaren Himmel des heiteren Sommertages, dessen schöne Abendröte man dann wieder mit der Farbe der Mohntulpen verglich, und diese daher als Symbol des Abends bezeichnete. Der Rittersporn galt als Zeichen der Ehre und der Goldlack als das des Glückes, beides Begriffe, deren Sinn mit dem volkstümlichen Namen der Pflanzen verknüpft ist, so wie der des Dergilzmeinnichts seine symbolische Bedeutung in sich trägt. Leicht erklärt sich der Sinn des „Fuchschwanzes“. Als Zeichen der Beruhigung galt die Kamille, während der Holunder Krankheit bedeutete; beide Sinnbilder erklären sich aus der Heilpflanzenkunde des Volkes heraus.

Aber nicht nur Glück und Leid gab man in Blumen und Pflanzen Ausdruck, sondern auch absichtliche Bosheit und Uebertracht, deren Sinn die Brennessel verkörperte. Die Ueberreidung eines Stachelbeerzweiges galt als Beleidigung, und das Leberblümchen war ein Zeichen des Aerzgers. Keinen guten Ruf hat auch noch heute die Fuchssie, die angeblich Unglück bringen soll, und deshalb als Zimmerpflanze abgelehnt wird. Die Symbolik der Blumen zu beachten, jeder Blumenpende ihren eigenen Gedanken zu geben, ist auch heute eine oft herzlich dankbare Aufgabe.

A. Berg, Kiel

## Todeskampf der Freiheit

Die Operation war sorgsam vorbereitet worden und genau ausgearbeitet, im vollen Einverständnis mit der Polizeidirektion. Seit dem Jahre 1914 war es der Traum der lombardischen Konservativen gewesen, die Sozialisten aus dem Rathaus zu jagen. Waren doch diese Konservativen gewissermaßen Faschisten, ehe es einen Faschismus gab, und treue Anhänger habsburgischer Methoden! Diese Methoden betätigten sie am 3. August, indem sie gleichzeitig das allgemeine Wahlrecht und ihre eigenen Gesetze mit Füßen traten.

D'Annunzio kam am Abend an, um durch seine Gegenwart dem Unternehmen Weihe zu geben und den Mantel des Patriotismus über einen politischen Handstreich zu hängen, dessen offenkundiger Zweck es war, den Reichen die Stadtverwaltung zurückzugeben und das Volk aus ihr zu vertreiben.

Im Mittelpunkt der Stadt wimmelte es von Menschen, während die äußeren Viertel still und öde waren. In der Galerie hallten Gesänge und Kriegsrufe wider. Vom Corso aus strömten Bewaffnete auf den Domplatz und vor das Rathaus. Diese Menge eleganter junger Leute, aus der Wimpel mit der italienischen Trikolore emporrugten, amüsierte sich mit den üblichen Zwiegesprächen:

Wem Italien? Uns!

Wem der Galgen? Filippetti! (Das war der sozialistische Bürgermeister.)

Für d'Annunzio? Eia, eia, alala!

Für Mussolini? Eia, eia, alala!

Man brüllte: Nieder Turati! Nieder Serrati! In den Kanal mit den Sozialisten!

Plötzlich hört man Fanfarenstöße. D'Annunzio mit dem faschistischen Generalstab erscheint auf dem Platz. Mit einem Wimpel der Trikolore in der Hand, wird er theatralisch auf den Balkon des Palastes Marino gehoben. Seine Worte verlieren sich in dem Tumult des Beifalls, über die dichtgedrängte Masse der Faschisten scheint eine Art Taumel gekommen zu sein. Hüte und Käppis werden geschwenkt, man winkt mit schwarzen Tüchern und reckt die Dolche und Gewehre hoch empor. Und dann ein Schrei aus tausend Kehlen: „Zum Avanti!“ Aber andere Schaupiele und Zerfahrungen bieten sich den „Patrioten“.

Die Nacht sinkt nieder über die Stadt und über die faschistische Orgie. Die Masse der Schwarzhemden verstreut sich in alle Richtungen. Man geht in die eleganten Restaurants, um zu soupieren, man besäuft sich patriotisch beim Schrei: „Es lebe Italien!“ Erst spät in der Nacht haben die Schwarzhemden sich müde getöbt und es wird still.

Inzwischen hielten wir im „Avanti“ eine fraurige Wache. Von allen Seiten kamen schlechte Nachrichten. In Rom fand die Krise ihre Lösung in einer grotesken Auferstehung des Kabinetts Facta. In Genua hatten die Schwarzhemden die Arbeiterkammer und die sozialistische Zeitung „Lavoro“ geplündert. Aus Turin wurde nichts Besseres berichtet. Wir wußten, was uns bevorstand. Es war unmöglich, einen wirksamen Widerstand zu organisieren. Im Hof bestand eine Art Schützengraben, der durch Stacheldraht geschützt war. Aber seit zwei Monaten konnten die Arbeiter nicht in das Gebäude kommen, ohne den Polizisten gezeigt zu haben, daß sie waffenlos waren, denn die Polizei hielt im Hause Wache unter dem Vorwand, uns zu verteidigen. Gerade an dem Tage, an dem die Faschisten das Rathaus besetzten, hatten wir eine Hausdurchsuchung gehabt, bei der uns mehrere Revolver beschlagnahmt wurden.

Was konnten wir unter diesen Umständen tun? Wir hatten keine Verteidigungsmittel und konnten keine herbeischaffen, während die Gegner fest entschlossen waren, ihren heutigen Sieg durch die Verwüstung unserer Zeitung, der Zeitung des Proletariats, zu krönen.

Unser stolzer Bau, der über vier Millionen Lire gekostet hatte und im Herzen von Mailand die Macht der Arbeiterklasse versinnbildlichte, war der Vernichtung geweiht. Am 4. August um 4 Uhr nachmittags begann der Überfall. Ich hatte seit drei Tagen das Haus nicht verlassen. In diesem Augenblick waren in den Redaktionsräumen und in der Druckerei nur im ganzen fünfzehn Redakteure und Arbeiter. Einige junge Genossen waren zu uns gestoßen, trotz der polizeilichen Überwachung. Wir besaßen nichts, um uns zu verteidigen, als drei oder vier Revolver, die den Hausdurchsuchungen entgangen waren. Der Angriff erfolgte gleichzeitig von zwei Seiten nach allen Regeln der Kriegskunst. Die faschistischen Kolonnen rückten nur langsam vor unter dem Schuß eines ununterbrochenen Kugelregens.

Nachdem sie getan hatte, als ob sie Widerstand leistete, zog sich die königliche Garde zurück. Der Hauptmann, der sie befehligte, kam vorher hinauf, um mit mir zu unterhandeln. „Es ist uns unmöglich“, sagte er, „die Verteidigung der Zeitung durchzuführen.“

„Ich habe nie geglaubt, daß Sie das tun würden.“

„Wir haben Befehl, nicht zu schießen.“

„Das bezweifle ich nicht.“

„Ich gebe Ihnen den Rat, sich unter den Schuß der Polizei zu stellen und die Türen zu öffnen. Dadurch werden Sie das Schlimmste vermeiden.“

„Wir sind waffenlos, aber wir werden nur der Gewalt weichen.“

Jetzt hörte man schon das Brüllen der Faschisten. Einer der wachhabenden Soldaten, der an der Stirn verwundet war, unterbrach unsere friedliche Unterredung.

„Ich sehe mich genötigt, mich zurückzuziehen“, sagte der Hauptmann. „Tun Sie, was Sie wollen.“

Nun gab es einen Augenblick Ruhe, so lange, wie die Polizei brauchte, sich unter dem Beifall der Schwarzhemden zurückzuziehen. Dann ging die Schießerei von neuem los. Die Faschisten hatten eine Bresche in die Hofmauer gelegt. Von da aus drangen sie vor. Zwei der Ihren waren gefallen. Vor dem Gescheh von Stacheldraht, durch das ein elektrischer Strom geleitet war, schredeten sie zurück. Aber schon hatten sie von der anderen Seite durch Leitern den Balkon erreicht und drangen von da in die Redaktionsräume, indem sie die Türen durch Handgranaten öffneten.

Dann ging es über uns her. Die kleine Zahl der Verteidiger wurde schnell überwältigt. Neben mir fällt der Seher Franchini. Er ist sofort tot. Aus dem Papierlager schlagen die Flammen empor, aus dem Saal der Linotypes und der Rotation verkündet das Krachen und Knirschen, daß die Verwüstung begonnen hat. Eine Stunde später stand das ganze Gebäude in Flammen, während die Schwarzhemden mit teuflischer Freude in den Scheiterhaufen schleuderten, was ihnen in die Hand kam. Die Verwaltungsbücher, die Möbel, die Bibliothek bildeten ein ungeheures Flammenmeer.

Am Abend war der „Avanti“ nur mehr ein Haufen von Trümmern und Asche, um den ein paar Genossen herumstreiften, mit dem Tod im Herzen.

Aber man zerstört nicht, was Glaube und Hingabe erbaut haben. Das Proletariat stand fest zu seiner Zeitung und brachte die Mittel auf, sie aus Brand und Verwüstung wieder aufzuerstehen zu lassen. Spät in der Nacht reiste ich nach Turin ab, wo der „Avanti“ am nächsten Tage wieder erschien.

Post fata resurgo! Aber ach, nur für kurze Zeit.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober 1922 meldete man mir im „Avanti“ den Besuch einer faschistischen Kommission. Es war ungefähr 1 Uhr. Auf dem Tisch vor mir lagen die Depeschen, die über die letzten Ereignisse berichteten. Facta hatte endlich seine Demission gegeben. Nach den üblichen Beratungen hatte der König Salandra kommen lassen und ihm den Auftrag erteilt, das Ministerium zu bilden. Der Führer der Konservativen zögerte. Man versicherte ihm jedoch, daß er auf die Unterstützung des Abgeordneten Federzoni zählen könnte, des Führers der Nationalisten, und auf de Decchi, einen der Faschistenführer.

Aber um Mitternacht machte sich Mussolini klar, daß sein Spiel verloren wäre, wenn mit Salandra die Rechte zur Herrschaft käme. So hatte er den Schwarzhemden die Order zur Mobilmachung übersandt und den Marsch auf Rom befohlen.

Ich empfing die faschistische Kommission, wo früher der große Saal des „Avanti“ gewesen war, und wo sich jetzt zwischen nackten Mauern Möbelreste, halberbrannte Bücher und die verschiedensten Dinge aufhäufelten, die man vor Feuer und Dieben gerettet hatte. Die Kommission bestand aus Finzi, Rossi und Morgagni, die später im neuen Regime zu den höchsten Höhen aufsteigen sollten, von denen dann die beiden ersten jämmerlich zu Fall kamen. Ein viertes Individuum wartete an der Tür: das war Amerigo Dumini, der künftige Mörder Matteottis.

Die Unterredung war kurz und dramatisch. Die Kommission forderte, ich sollte die Veröffentlichung des „Avanti“ einstellen, solange der Kampf zwischen der Regierung und den Faschisten dauerte. Als ich mich weigerte, von irgend jemand Befehle entgegenzunehmen, außer von dem Vorstand meiner Partei, gingen die Leute weg unter sehr unzweideutigen Drohungen.



## Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden, um ihm in einer Aussprache die ernststen Befürnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeitnehmererschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Einleitend führte Theodor Leipart aus:

„Wir erscheinen vor Ihnen als Vertreter von 5½ Millionen organisierten Arbeitern und 1¼ Millionen organisierten Angestellten. Wir sprechen aber nicht nur im Namen unserer fast 7 Millionen Mitglieder, sondern im Namen der 12 Millionen Arbeitnehmer, für die unsere Verbände Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Interesse sie zu schützen berufen sind. Wir sprechen also im Namen von mehr als einem Drittel des erwerbstätigen Volkes, im Namen der Hälfte der städtischen Bevölkerung. Wir vertreten vor Ihnen jene Schicht deutscher Bürger, die von der gegenwärtigen Krise am schärfsten und am peinlichsten betroffen sind. Ende Januar waren 34,5 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos, weitere 20 Proz. arbeiteten verkürzt, und weniger als die Hälfte waren noch voll beschäftigt. — Durch unseren Mund sprechen wir auch die fünf Millionen Arbeitslose, auf deren trostlose Lage wir Ihre Aufmerksamkeit lenken und für die wir Ihre Hilfe anrufen möchten. — Wir haben lange gezögert, Ihre Zeit für uns in Anspruch zu nehmen. Wir waren und sind überzeugt, daß die große Sorge der Arbeitslosigkeit, die alle mitfühlenden Herzen in der ganzen Welt erfaßt hat und alle sozial denkenden Menschen bedrückt, auch eine der größten Sorgen Ihres hohen Amtes ist. Wir glaubten deswegen es nicht nötig zu haben, unsere Nöte und unsere Klagen Ihnen erst noch vorzutragen. Aber die Lage ist von Woche zu Woche, von Monat zu Monat immer bedrohlicher geworden. Die Last der Verantwortung, die wir für das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung insgesamt und für die Arbeitslosen im besonderen zu tragen haben, dieses Gefühl der Verantwortung auch für die Zukunft des ganzen Volkes ist es, das uns heute hierher geführt hat. — Wir wissen natürlich, daß die jetzige große Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung ist, daß ihre Ursachen nicht im eigenen Lande allein zu suchen sind, daß es sich um eine schwere Wirtschaftskrise in der ganzen Welt handelt. Wir wissen auch und nehmen darauf Rücksicht, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vor anderen Völkern vorbelastet ist durch die schweren Reparationslasten. Diese Lasten sind nicht die eigentliche, zum mindesten nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, wie manche es uns weismachen möchten. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen. — Wie scharf die Krise in Deutschland wütet, habe ich bereits angeführt. Besonders verzweifelt sieht es unter der Arbeitnehmerschaft in Ostpreußen und Pommern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist auch die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bauberufe weisen eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit von 70 bis 80 Proz. auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte. In der Tabakindustrie waren Ende Januar 58,5 Proz. arbeitslos und weitere 18,6 Proz. arbeiteten verkürzt. In der Textilindustrie sind nur 33,1 Proz. noch voll beschäftigt, im Holzgewerbe 35,5 Proz., unter den Schuhmachern nur noch ganze 12,7 Proz. — Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrößern wird, wenn der Arbeitslosigkeit nicht endlich gesteuert wird. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, von der wir wissen, daß sie sich nur mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der jahrelang an der Ausübung seines Berufes gehindert ist, seine Berufsfertigkeit und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muß. — Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfange die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgereizt und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen be-

sonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen.

Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Erstens leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihren Arbeitslohn. — Schon Anfang 1930 setzte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres sahen die Arbeitnehmer ihre Akkordlöhne und sonstigen übertariflichen Verdienste allmählich absinken. Die Einkommensabzüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden und der Kürzung der Akkordlöhne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbesoldeten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „kalten Lohnabbau“ begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leiht und die die Arbeitnehmer als eine große Ungerechtigkeit empfinden. — Bis jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund drei Millionen durchgeführt, in den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor, und die Arbeitnehmer haben das Gefühl, daß sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien, nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle anderen Berufsschichten einen berechtigten Anspruch zu haben. — Deshalb haben wir, die Vertreter aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, unsere Wünsche an Sie, Herr Reichspräsident, und unsere Vorschläge in einer gemeinsamen Erklärung aufgestellt, die ich die Ehre habe, Ihnen hiermit vorzutragen.

„Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsgruppen bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereingliederung dieser Millionen in den Produktionsprozeß. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringern den Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Verhinderung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbehebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine leistungsfähige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. E. abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeiten zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkauftkraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeits-

losenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsunfähigkeit angetastet wird. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Linderung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Zustimmung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben selber höchste Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden."

Von einer ausführlicheren Begründung im einzelnen — so schloß Leipart seine Ausführungen — möchte ich der Kürze halber absehen, würde es aber mit Freude begrüßen, wenn Sie gestatten würden, daß in einer nachfolgenden Aussprache der eine oder andere meiner Kollegen vielleicht noch das Wort ergreifen dürfte.

Der Reichspräsident erteilte darauf das Wort an Imbusch (Christl. Gewerksch.), der treffende Worte über die Unmöglichkeit sagte, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben müßte, daß die Lage der Arbeitslosen und der gesamten Arbeitnehmer durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert würde. Außerdem würde das Ausland sicher zu Gegenmaßnahmen greifen, so daß auch der Export von Industrieerzeugnissen geschädigt und die Zahl der Arbeitslosen abermals vermehrt würde. B e h l y sprach alsdann von der traurigen Lage der älteren Angestellten, die im Gegensatz zu den Arbeitern für alle Zukunft keine Aussicht hätten, überhaupt wieder Beschäftigung zu erhalten.

Kollege Leipart fand Gelegenheit, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung noch einmal hervorzuheben. Er verwies darauf, daß durch die gewaltige Vermehrung des Angebots sowohl

der menschlichen wie der maschinellen Arbeitskräfte die Lage sich gewaltig geändert habe gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zum Gesetz erhoben wurde. Sollen die Arbeitslosen überhaupt wieder beschäftigt werden, so bleibe nur die Verkürzung der Arbeitszeit übrig.

Schneider vom GDA. unterstützte diese Ausführungen Leiparts und sagte, daß nicht nur die älteren Angestellten der Arbeitslosigkeit ausgesetzt seien, sondern ebenso auch die jungen, die jetzt schon in der Regel nach bestandener Lehrzeit entlassen werden.

Grafmann sprach eindrucksvoll gegen die Politik der Lohnsenkung.

Aus einer Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald ist erwähnenswert, daß er mehrfach mit starker Betonung erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens, an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber, fügte er hinzu, es gebe auf diesen Gebieten eine Anzahl Inflationserrscheinungen und Unausgeglichheiten, die noch beseitigt werden müßten.

Reichskanzler Brüning bemerkte zum Schluß, er wolle gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit heute schon sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlange, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige. Vielmehr solle jede eventuelle Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe erfülle, so auf dem Gebiete der Rationalisierung, der Standardisierung, der Verkaufszusammenfassung durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung von der Ermächtigung eventuell Gebrauch machen.

Dann beendete Reichspräsident Hindenburg die Unterredung, indem er betonte, daß er für die Aussprache dankbar sei, daß er die Sorge der Vertreter der Gewerkschaften teile und daß er und die Reichsregierung das Notwendige und Mögliche tun werden, um zu helfen.

## Ein Erfolg des Gesamt-Verbandes in der Krisenfürsorge

Nach der Verordnung über Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 sind alle Berufsgruppen in Orten mit über 10 000 Einwohnern zugelassen, während die Landesarbeitsämter ermächtigt sind, auch Orte unter 10 000 Einwohnern zur Krisenfürsorge zuzulassen.

Im Bericht des Landesarbeitsamtes „Hessen“ wurden durch eine Verordnung vom 3. November 1930 4 Berufsgruppen, darunter auch die Berufsgruppe Verkehr (Nr. 21), in Orten unter 10 000 Einwohnern von der Krisenfürsorge ausgeschlossen. Das hatte zur Folge, daß eine Anzahl unserer Berufskollegen, vornehmlich Kraftwagenführer aus solchen Orten, die in den weitaus meisten Fällen vordem in den Nachbarstädten mit über 10 000 Einwohnern beschäftigt waren, von der Krisenfürsorge ausgeschlossen wurden. Es ergab sich dadurch der Zustand, daß wenn z. B. zwei Kollegen in einem größeren Ort bei einem Unternehmer beschäftigt waren, der eine die Krisenunterstützung erhielt, während sein Kollege davon ausgeschlossen wurde, weil er in einem kleineren Ort unter 10 000 Einwohnern wohnte.

Das war unhaltbar. Die Bezirksleitung 12 (Hessen) wandte sich deshalb an das Landesarbeitsamt mit dem Verlangen, auch die Gruppe 21 (Verkehr) in Orten unter 10 000 Einwohnern zur Krisenunterstützung zuzulassen. Der Schritt des Verbandes hatte Erfolg. Der Präsident des Landesarbeitsamtes antwortete auf die Eingabe der Bezirksleitung wie folgt:

„Betrifft: Ausdehnung der Krisenfürsorge.“

Auf Ihr Schreiben vom 29. Dezember 1930 teile ich Ihnen mit, daß mit Wirkung vom 1. Februar 1931 die Krisenunterstützung für das Verkehrsgewerbe (Berufsgruppe 21) in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern für eine Anzahl von Arbeitsämtern im Bezirk des Landesarbeitsamtes Hessen zugelassen ist.“

An die Arbeitsämter erging folgendes Rundschreiben:

„Der Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen, Frankfurt a. M., den 29. Januar 1931.“

Betrifft: Personenkreis der Krisenunterstützung im Bezirk des Landesarbeitsamtes Hessen.

I. In Ergänzung und Änderung meiner Anordnungen vom 3. November 1930 — Nr. 3000/410 — und 18. November 1930 — Nr. 3000/423 —

wird die Krisenunterstützung mit Wirkung vom 1. Februar 1931 zugelassen

1. für die männlichen Berufsangehörigen des Verkehrsgewerbes (Berufsgruppe 21) in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern der Arbeitsamtsbezirke Darmstadt, Frankfurt a. M., Gießen, Hanau a. M., Hersfeld, Kassel, Mainz, Offenbach a. M., Wehlar, Wiesbaden, Worms a. Rh., soweit diese Gemeinden allgemein zur Krisenfürsorge zugelassen sind,

2. für die in der Anlage aufgeführten weiteren Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern. Der Personenkreis der Krisenunterstützung in diesen Gemeinden ist durch meine Anordnungen vom 3. November und 18. November 1930 sowie durch Ziffer I, 1 dieser Anordnung bestimmt; und zwar zu 1. und 2. auch, soweit Unterstützungsempfänger seit dem 3. November 1930 angesteuert sind; doch kann die Krisenunterstützung auf Antrag erst vom 1. Februar 1931 ab gewährt werden.

II. Ausgeschlossen wird die Krisenunterstützung ab 1. Februar 1931

für die in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern des Arbeitsamtsbezirks Offenbach a. M. wohnhaften weiblichen Berufsangehörigen der Perl-Stiderei und Perl-Häutelei (mitenthalten in Berufsgruppe 9), soweit sie in der Familie wohnen oder nicht überwiegend Ernährer einer Familie sind.

Nachtrag zum Verzeichnis der Gemeinden, in denen nach Ziffer I, 1, 3 und 4 der Anordnung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Hessen vom 27. Januar 1931 — Nr. 3000/ — die Krisenunterstützung zugelassen ist:

Arbeitsamt Fulda:

Kreis Fulda, Bronnzell

Arbeitsamt Gießen:

Kreis Friedberg, Nieder-Rosbach  
Kreis Friedberg, Peterweil  
Kreis Schotten, Groß-Eichen  
Kreis Gießen, Grünigen  
Kreis Gießen, Harbach  
Kreis Büdingen, Bingenheim  
Kreis Büdingen, Settenau

Arbeitsamt Gießen:

Kreis Büdingen, Birgenhain  
Kreis Büdingen, Ober-Dhmen  
Kreis Alsfeld, Kirtorf

Arbeitsamt Hanau a. M.:

Kreis Schlüchtern, Jossa

Arbeitsamt Hersfeld:

Kreis Rotenburg, Solz

Arbeitsamt Kassel:

Kreis Münden, Zühnde

Die Organisation hat mit dieser Arbeit für viele Berufskollegen wiederum wertvolle Arbeit geleistet, die sich in erhöhter Werbetätigkeit für unseren Gesamt-Verband unbedingt auswirken muß.

**Politische und wirtschaftliche Wochenschau**

Die braunschweigischen Gemeinde- und Kreistagswahlen brachten bei erheblich schwächerer Wahlbeteiligung als am 14. September 1930 folgende Stimmensiffern (in Klammern die Zahlen der letzten Reichstagswahlen): Sozialdemokraten 112 408 (126 993) — 14 585, Nationalsozialisten 80 017 (83 492) — 3475, Kommunisten 26 118 (21 314) + 4799, Bürgerliche Listen 64 793 (82 400) — 17 607.

Sittler spielte sich als Polizeichef anlässlich einer Versammlung am 23. Februar in Braunschweig auf. Willig folgte der Polizeiminister Franzen seiner Anordnung und verbot einem Polizeibeamten die Ausübung des Dienstes.

Die Bremer Bürgerschaft hat am 27. Januar den nationalsozialistischen Mißtrauensantrag gegen den Senat abgelehnt. Der von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen dann eingebrachte Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft hat keine Aussicht auf Annahme.

Gewerkschaften beim Reichspräsidenten. Die Vorstände des ADGB, des IFA-Bundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hatten am 26. Februar unter Führung von Leipart eine Audienz beim Reichspräsidenten, in der die ernstlichen Besorgnisse der Gewerkschaften über die Not der Erwerbslosen zum Ausdruck kam und um Abhilfe gebeten wurde.

Die deutschen Industrie-Kapitäne sind am 26. Februar nach Moskau gefahren, um mit den Bolschewikern Gespräche zu machen. Darunter befinden sich Ernst v. Borjig, Geheimrat Koettgen vom Siemens-Konzern, Boenzgen, Duisburg, und Peter Mödner.

50000 Tonnen Gefrierfleisch werden ab 1. März zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung zur Einfuhr gelangen. Das ist auf einen sozialdemokratischen Antrag, der vom Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags am 26. Februar mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen wurde, zurückzuführen.

4991000 Arbeitslose wurden am 15. Februar 1931 gezählt. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem 31. Januar um 106000 Personen.

Für 600000 Reichs- und Staatsarbeiter wurden in den letzten Tagen die Tarife zum 31. März 1931 gekündigt.

Der Stuttgarter Arzt Dr. Friedrich Wolf, der Verfasser des 218-Kampfdramas „Chankali“, und eine Ärztin wurden verhaftet. Es wird ihm zur Last gelegt, in etwa 80 bis 100 Fällen Bescheinigungen ausgestellt zu haben, die zur Unterbrechung der Schwangerschaft führten. Als Grund zur Vornahme des Eingriffs wurde in vielen Fällen die soziale Indikation angegeben.

Die Tagung der internationalen Arbeiterequivalente in Zürich am 22. Februar faßte einen Beschluß unbeschadet der Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, die Forderung nach der Fünftagewoche allgemein zu erheben.

**Aus unserer Bewegung**

Ahrweiler. Infolge einer Infektion, die er sich in Ausübung seines Berufes als Friedhofsgärtner zugezogen hat, starb unser Kollege Josef Spré, Vorsitzender der Zahlstelle Ahrweiler, im Alter von 42 Jahren. Der Verstorbene hatte sich durch Ausübung seiner Funktionen für die Organisation als langjähriger Vertrauensmann und Betriebsratsmitglied des Vertrauens aller Verbandskollegen erworben. Zwei Tage nach seiner Wiederwahl in der letzten Generalversammlung trat der Tod ein. Zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung legten Zeugnis ab von der innigen Verbundenheit des Verstorbenen mit seinen Kollegen.

Dresden. In der Generalversammlung am 18. Februar 1931 gab Kollege Rose den Geschäftsbericht. Er verwies auf den gedruckten vorliegenden Jahresbericht und beschränkte sich auf diverse Erklärungen. Dem Jahresbericht sei kurz entnommen: Am 1. Juli 1930 schloß sich der Deutsche Dförtnerverband, Stg Dresden, unserer Organisation an. Verhandlungen, die am Ende des Jahres mit den Ortsverwaltungen Pirna und Heidenau geführt worden sind, haben dazu geführt, daß die Ortsverwaltung Pirna sich mit Beginn 1931 der Ortsverwaltung Dresden angeschlossen hat. Hoffen wir, daß sich auch die Heidenauer Kollegen noch zu diesem Entschluß aufraffen. Lohnbewegungen fanden im Jahre 1930 17 für 563 Betriebe mit 15375 Beteiligten statt. Sie verteilten sich auf 12 Angriffsbewegungen mit 129 Betrieben und 12088 Beteiligten und 5 Abwehrbewegungen mit 434 Betrieben und 3285 Beteiligten. Zurzeit bestehen 121 Tarifverträge, und zwar 10 Reichstarife, 16 Bezirkstarife, 42 Branchentarife, 47 Betriebsvereinbarungen und 6 sonstige Vereinbarungen. Lohn- und Tarifverhandlungen fanden 14 statt. Davon vor dem Schlichtungsausschuß 24, vor dem Schlichter 11 und vor sonstigen Schiedsinstanzen 10. Mündliche Auskünfte wurden in 5582 Fällen

erteilt. Eingaben an Behörden sind 161, Schriftstücke für Mitglieder 321 angefertigt worden. In 249 Fällen mußte für 135 Betriebe und 34522 Beteiligten mit Arbeitgebern strittig verhandelt werden. Bei diesen Verhandlungen handelte es sich hauptsächlich um Lohnbifferenzen, Auslegungen der Tarifverträge, Kündigungen, Mißstände usw. Mit Behörden ist in 144 Fällen verhandelt worden. Auch die Tätigkeit unserer Angestellten vor den verschiedenen Gerichten usw. hat sich im Berichtsjahr bedeutend vermehrt. Vertretungen mußten übernommen werden vor dem Landesarbeitsgericht 6, Arbeitsgericht 576, Amtsgericht 175, Schlichtungsausschuß 15, Spruchauschuß des Arbeitsamtes 50 und Oberversicherungsamt 2. Die erstrittene Geldsumme beträgt 19446,12 Mk. In 37 Fällen wurden die Arbeitgeber zur Wiedereinstellung oder Entschädigung verurteilt. Diese Summe beträgt 13352,65 Mk. Im Berichtsjahre wurden 241 Rechtschutzanträge gestellt. Die Rechtschutzkosten betragen insgesamt 12934,97 Mk., und zwar 11517,66 Mk. für die Hauptkasse und 1417,31 Mk. für die Lokalkasse. Das Geschäftsjahr 1929 schloß bei den 4 Organisationen mit insgesamt 23140 Mitgliefern ab. An Neuaufnahmen und Uebertritten sind 2579 Mitglieder zu verzeichnen. Aus der Ortsgruppe ausgeschieden sind 3096, so daß der Mitgliederbestand am Jahresluß 1930 22623 beträgt. Die Ortsverwaltung hat auch in diesem Jahre versucht, die Not der Erwerbslosen zu mildern. Im September haben wir an 1662 Mitglieder Gutscheine auf Lebensmittel im Werte von 2985,33 Mk. verteilt. Aus dem Verbandsvorstand zur Verfügung gestellten Mitteln für eine Weihnachtsunterstützung erhielten 1604 Mitglieder insgesamt 27740 Mk. 1708 Mitglieder erhielten zu Lasten der Ortskasse Lebensmittelpakete im Werte von 22590,66 Mk. Insgesamt haben Verbandsvorstand und Ortsverwaltung für die Dresdener Mitglieder 50130,66 Mk. verausgabt. Außerdem hatte die Bauhütte Dresden, an der wir finanziell beteiligt sind, der Ortsverwaltung 1150 Mk. übermittelt, von denen wir nach Anweisung der Bauhütte 90 Mitgliedern Beträge in Höhe von 10 Mk. bis 30 Mk. überweisen konnten. Dem Konsumverein „Dorwärts“ erhielten wir 34 Gutscheine für Lebensmittel zur Verteilung. Der Deutsche Automobilklub beschenkte jedoch noch 30 Kinder erwerbsloser Kraftfahrer. — Aus dem Kassenbericht entnehmen wir nachstehende Zahlen: Einer Einnahme von 1233192,04 Mark stand eine Ausgabe von 1072395,30 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 160796,74 Mk. verblieb. An Hauptunterstützungen wurden ausgezahlt:

	Mark		Mark
Arbeitslosenunterstützung . . .	107 386,90	Hebertrag . . .	259 297,51
Krankenunterstützung . . .	114 838,75	Weihnachtsunterstützung . . .	50 130,66
Todesfallunterstützung . . .	28 731,95	Streikunterstützung . . .	34 723,30
Notfallunterstützung . . .	7 784,91	Invalidenunterstützung . . .	8 119,70
Umzugsunterstützung . . .	555,—	Reisenunterstützung . . .	358,85
		Rechtschutzkosten . . .	12 934,97
Hebertrag . . .	259 297,51	Zusammen . . .	865 564,99

Die Generalversammlung beschloß, zur Unterstützung der italienischen Genossen an die Internationale Transportarbeiterföderation 500 Mk. abzuführen. — In den Ortsvorstand wurden gewählt: Rose und Kurpat als Bevollmächtigte, Heider und Richter als Kassierer, Hänel als stellvertretender Bevollmächtigter und Wolf als Sekretär; als Beisitzer: Pernack, Kirckhoff, Weise, Schwende, Breuer, Dieckhoff, Jägar, Hannia, Kühnel, Diduch, Kirckner, Kopp, Lauterbach, Hennig, Bittkow und Kollege Mittag (Dirna); für die erweiterte Ortsverwaltung: Haufe, Pellegrini, Ertler, Werner, Schulze, Jung, Fiß, Frommhold, Adam, Hantuschke, Lehmann, David, Achtbaler, Thal, Herold, Schleinig, Werner, Pischota und Seifert; die Revisionskommission besteht aus den Kollegen: Grahl, Graf, Förster, Keller, Rudolf, Kellig, Gneuß, Sonntag und Schmidt. Dem Bildungsausschuß gehören an: Kurpat, Hennig, Pischota, Weise, Kirckhoff, Richter, Hänel, Koschke und Fleischer.

Hannover. Der Generalversammlung am 17. Februar lag der Jahresbericht der Ortsverwaltung gedruckt vor. Daraus und aus dem Tätigkeitsbericht, den Kollege Müller für die Abteilungen: Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter und Kollege Tröcker für die Abteilungen: Handels- und Transportarbeiter, Kraftfahrer, Straßenbahner, Post- und Telegraphie- und Hausangestellte erstattete, ist zu entnehmen, daß sich der Gesamtverband in seinem ersten Geschäftsjahr trotz Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit festigen und nach vorwärts entwickeln konnte. Die Mitgliederzunahme betrug im letzten Jahr 648. Am Arbeitsgericht konnte im Berichtsjahr ein Betrag von 728,92 Mk. ausgesetzt werden. Infolge des zunehmenden Verkehrs und der dadurch in verstärktem Maße eingetretenen Unfälle mußte die Organisation einen Betrag von 9829,87 Mk. für Rechtschutz aufwenden. Für Notfälle, Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützungen wurde ein Betrag von rund 100000 Mk. ausgemorfen. Für Weihnachtsunterstützung an arbeitslose Mitglieder wurden weit über 10000 Mk. ausgegeben. Diese Zahlen sind Beweis dafür, daß die Organisation nichts unversucht ließ, um der Massennot

einigermaßen entgegenzusteuern. Trotz der schlechten Wirtschaftsverhältnisse konnten im letzten Jahre nicht weniger als 10 Lohn- und Tarifbewegungen erfolgreich zu Ende geführt werden. Der Lohnabbauwelle, die im 4. Quartal auf der ganzen Linie einsetzte, konnte zum größten Teil wirksam entgegengetreten werden und viele geplante Verschlechterungen wurden abgewehrt. Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

**Magdeburg.** Der von der Ortsverwaltung veranstaltete Kulturabend war stark besucht. Kollege Karl Miersch, Dresden, hielt einen Lichtbildervortrag über China, mit Landschaften, Volksleben und Bekämpfungskämpfen. Mit über 120 künstlerisch kolorierten Lichtbildern wurde der Vortrag begleitet. Ein Schreckensbild von Armut und Elend, aber auch von einem Kulturlebensstand, der noch in diesem Lande vorzufinden ist, zeigte den Zuhörern, was noch für ungeheure Aufgaben zu lösen sind, um dort bessere Zustände zu schaffen. Auf den Straßen sind wandernde Küchen sowie Bettler, Händler und Wahrsager in erschreckender Weise zu finden. Der Aberglaube, der den Chinesen im Banne hält, trägt auch viel dazu bei, daß sich dieses Volk auf tiefem Kulturniveau befindet. Nachdem Kollege Bartsch dem Referenten den Dank der Teilnehmer ausgesprochen hatte, dankte er gleichfalls den Genossen vom Arbeiter-Radiobund, die die Pausen mit einem Konzert, das von zwei Lautsprechern übertragen wurde, ausgefüllt hatten. Es sei Pflicht eines jeden Arbeiters, der heute einen Radioapparat besitze, sich dem Radiobund anzuschließen, um auch diese Kulturorganisation zu fördern.

**Solingen.** In der Generalversammlung am 21. Februar gab Kollege Janderbieten den Geschäftsbericht. Für die öffentlichen Betriebe konnten wir einen Personalabbau sowie auch eine direkte Lohnsenkung verhindern, indem wir uns auf die vorläufige 44-Stunden-Woche einigten. Für die Arbeiter hält man bei der Städteneinigung die untersten Sätze als Angleichung notwendig. So ist für die Schulführer teilweise eine Lohnsenkung von über 30 Proz. zu verzeichnen. In dieser Angelegenheit wird das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Festzustellen soll auch werden, daß die Gruppe der Schulführer die am schlechtesten organisierte der städtischen Betriebe ist. Das muß sich ändern, wenn wir ihnen helfen sollen! Agitatorisch und organisatorisch hatten wir in den letzten Wochen einen Erfolg bei der Betriebsratswahl der Städtischen Straßenbahnen in Groß-Solingen. Wir konnten den Kommunisten zwei Sitze und den Christlichen einen Sitz abnehmen. Damit ist die bolschewistische Betriebsratsmehrheit verschwunden. Die kommunistischen Schreier sollten sehr still sein und an den Abbau in ihren Betrieben denken, wo 30 Proz. und mehr Lohnabzüge allein an den armen Zeitungsboten vollzogen wurden. Von der RGO. brachte Krone eine Entschickung ein. Mit dieser RGO.-Entschickung itemelte Krone sich zum Judas-Ischariot an der freien Gewerkschaft. Die Generalversammlung zeigte den Kommunisten ihre Verachtung, was durch die eindringlichen Worte des Kollegen Sároder sowie der übrigen Diskussionsredner Röhling, Steinkühler, Meuter, Hermans, Zerwes, Müller und in dem Schlußwort des Kollegen Janderbieten bekundet wurde. Eine Abstimmung über die Entschickung Krone lehnte die Generalversammlung einstimmig ab. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung reichten die Branchenleitungen eine Liste der auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehenden Kollegen ein. Diese Liste wurde gegen acht Stimmen der RGO. von der Generalversammlung durch Akklamation gewählt. Die RGO. erhielt nicht einmal sozial Stimmen, als auf ihrer Liste Namen vorgeschlagen sind. Jämmerlicher konnte ihr Reifall nicht sein. Kollege Ter Horst gab noch den Kartellbericht, der eine Diskussion nicht mehr auslöste.

**Stuttgart.** Die Generalversammlung am 10. Februar 1931 ehrte die 61 Kolleginnen und Kollegen, welche im Jahre 1930 durch Tod von uns geschieden sind. Dem am Dorabend allzufrüh verstorbenen Kollegen Karl Weber wurde ein besonderer Nachruf gewidmet. Mehr als ein Jahrzehnt war Kollege Weber in schwerster Zeit als Angestellter für die Organisation tätig. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde an Stelle des erkrankten Kollegen Engelhardt von dem 2. Bevollmächtigten, Kollegen Schöb, wirkungsvoll ergänzt und erläutert. Eine Reihe von Angriffs- und Abwehrbewegungen mußten geführt werden. Wenn auch nicht allen Angriffsbewegungen ein Erfolg beschieden war, so gelang es doch, in allen Fällen geplante Verschlechterungen abzuwehren. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich am Schluß des 4. Quartals gegenüber dem 1. Quartal um mehr als 200 Proz. gesteigert. Ein großes Unrecht all es noch zu beseitigen. Die Ausbehnung der Kurzarbeiterunterstützung auf Beschäftigte in den Handels-, Transport- und Verkehrsbetrieben ist eine längst bei der Gesetzgebung vorliegende Forderung unserer Organisation. In 181 Klagefällen vor dem Arbeitsgericht konnte den Mitgliedern der Betrag von rund 12 000 Mk. erstritten werden. In 120 Fällen wurden Arbeitgeber zur Wiedereinstellung bzw. zur Zurücknahme der Kündigung verurteilt. Die Zahl der Streitfälle wäre sicher noch bedeutend höher, wenn jedes Mitglied bei Dorenhaltung seiner geschlichen und tariflichen Rechte Klage beim Arbeitsgericht einreichen würde. Daß Berufsgruppen, welche ihre Berufstätigkeit ständig auf der Straße und im Verkehrsleben

ausführen, häufig mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen, ist verständlich. Es ist deshalb ein nicht zu unterschätzender Vorteil, daß der Verband auch für Anklagen bei Ausübung beruflicher Tätigkeit Rechtsschutz gewährt. Im Berichtsjahr wurden 220 Rechtschutzanträge genehmigt und den Kollegen ein sachkundiger Rechtsanwalt kostenlos gestellt. Allein die Rechtsanwaltskosten erforderten den Betrag von 7153 Mk. — Der Bildungsarbeit wurde große Aufmerksamkeit zugewandt. Von der Ortsgruppenverwaltung Stuttgart waren insgesamt sieben Kollegen Teilnehmer an den Kurzen der ADGB-Bundesschule in Bernau. Außerdem fanden tausend Bildungskurse statt. Der Mitgliederstand hat sich um 345 gesteigert. Er betrug am Schluß des Berichtsjahres 10 315. Die Mitglieder verteilen sich wie folgt: Abteilung A: 3539 = 34,3 Proz.; Abteilung B: 394 = 3,8 Proz.; Abteilung C: 2812 = 27,2 Proz.; Abteilung D: 2020 = 19,7 Proz.; Abteilung E: 784 = 7,6 Proz.; Beamte 766 = 7,4 Proz. Trotz der Steigerung der Mitgliederzahl konnte auch eine Erhöhung der durchschnittlichen Beitragsleistung von 10,25 auf 11,5 Quartalsbeiträge festgesetzt werden. Die durchschnittliche Höhe des Beitrags erfuhr jedoch eine leichte Senkung, und zwar von 1,10 auf 1,05. Das Faltvermögen betrug am Jahresende rund 95 000 Mk. Die Zahl der Rentkassenmitglieder beträgt 191. Diese gegenseitige Einrichtung des Verbandes ist leider allzuwenig bekannt. In der Aussprache wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung allgemein gewürdigt und anerkannt. — Gegen nur wenige Stimmen wurden Geschäftsleitung, Ortsverwaltung und Revisionskommission wiedergewählt.

**Ziegenhals.** Eine Werbeversammlung am 17. Dezember 1930, zu der die städtischen Arbeiter eingeladen waren, brachte dem Gesamt-Verband den Ein- bzw. Uebertritt von 18 Mitgliedern. Eine zweite Versammlung am 22. Januar 1931 brachte uns weitere 4 Mitglieder. Es wurde eine Zahlstelle gegründet, in der fungieren als Vorsitzender P. Gittel, als Kassierer Karl Gobel und als Schriftführer Karl Müller.

## RUNDSCHAU

**Politische Kaufbolde in der Statistik.** Der preußische Minister des Innern, Genosse Severing, hat dem Preußischen Landtag eine aufschlußreiche Statistik über die politischen Kaufhändler der radikalen Parteien, der Kommunisten und Nationalsozialisten, vorgelegt. Diese Zahlendarstellung betrifft nur Preußen im Jahre 1930, verdient aber auch in den anderen Teilen des Reiches bekannt zu werden. Sprengten die Nazis 521 Versammlungen anderer Parteien, so waren die Kommunisten bedeutend tollwütiger, denn sie jagten 1875 Versammlungen auseinander. Da aber beide Parteien ohne Kraft und Kauferei nicht leben können, sorgten sie auch im eigenen Lager für den nötigen Betrieb. Die Nazis ließen 955, die Kommunisten 1258 eigene Versammlungen im Krawall beschließen. Wie harmlos sind da die Stahlhelmer; sie brachten es nur auf 33 Störungen. Diese Tobjucht erforderte in allen Fällen das Eingreifen der Schutzpolizei und nicht gering war die Beute an Waffen. Beschlagnahme wurden 1080 Leben und Gesundheit der Versammlungsbesucher bedrohende Kampfmittel, darunter 149 Schuß- und 323 Stoß- und Hiebaffen. Die Legion der Stuhl- und Tischbeine ist dabei sicher nicht mitgezählt. Daß die Wiederherstellung der Ruhe immer durch gute Worte der Polizei und verständnisvolle Einsicht der Kaufbolde erfolgte, kann leider nicht berichtet werden. In Berlin allein mußten 14 Todesopfer festgestellt werden, ohne die Anzahl der Schwere- und Leichtverletzten. Die Polizei selbst wurde in 341 Fällen gezwungen, zum Revolver zu greifen, wie oft der Gummiknüppel schwang, ist aus der Statistik nicht zu ersehen. Das sind nur die schwereren Fälle. Sorgen diese dafür, daß die Polizei ein verdammt erstes Wort in den politischen Auseinandersetzungen mitreden mußte, so waren andere Versammlungen durchaus nicht sicher vor den Knüppeln und Stahlrutten der politischen Strolche. Die preußische Polizei mußte 1930 23 946 Versammlungen im Freien und 34 742 Versammlungen in geschlossenen Räumen schützen. Im ersten Falle wurden 383 911, im zweiten Falle 258 874 Mann Schutzpolizei eingesetzt. Der Polizeidienst ist also außerordentlich anstrengend gewesen, daneben haben Kommunisten und Nazis veranlaßt, daß die Ausgaben für Polizeiwesen gewaltig answollen. Ein kleiner Hinweis für den Steuerzahler. — Die Mehrzahl dieser Angriffe richtete sich „selbstverständlich“ gegen die Versammlungen der SPD. und der freien Gewerkschaften. Der Schluß daraus ist nur ein Lob für die organisierte Arbeiterschaft. Sie hat den zermürbenden, hinterhältigen Kampf dieser Wüteriche glänzend bestehen können, unerschütterlich stehen die Organisationen. Und an diesem kraftvollen Widerstand werden alle weiteren Angriffe zerbrecen.

O. S.